



SACHSEN-ANHALT  
Ministerium der Finanzen

# OHNE MOOS NIX LOS!

Wie das Land Sachsen-Anhalt  
seine Kommunen finanziert





**Herausgeber:**

**Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt**

Editharing 40

39108 Magdeburg

Tel.: 0391-5671105

E-mail: [presse.mf@sachsen-anhalt.de](mailto:presse.mf@sachsen-anhalt.de)

# INHALTS- VERZEICHNIS

<b>Vorwort des Ministers</b>	<b>3</b>
<b>Einleitung</b>	<b>4</b>
Kommunen und kommunale Selbstverwaltung in Sachsen-Anhalt	4
Kommunale Finanzen – Überblick	10
<b>Entwicklung der kommunalen Finanzsituation (Kernhaushalte)</b>	<b>12</b>
Entwicklung der Einnahmen/Einzahlungen	12
Entwicklung der Ausgaben/Auszahlungen	14
Einnahmen und Ausgaben im Vergleich	16
Saldo einschließlich Finanzierungstätigkeit	16
Saldo ohne Finanzierungstätigkeit	20
<b>Eigene Einnahmen der Kommunen</b>	<b>22</b>
Rechtliche Grundlagen	22
Entwicklung der gemeindlichen Steuereinnahmen (Netto)	23
Kommunale Gestaltungsmöglichkeiten bei den eigenen Einnahmen	25
Gewerbesteuer und Grundsteuern	25
Sonstige kommunale Abgaben	27
<b>Der kommunale Finanzausgleich</b>	<b>29</b>
Koalitionsvertrag 2016 bis 2021	30
Umsetzung des Koalitionsvertrages	32
Das Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021	35
Allgemeine Ziele des kommunalen Finanzausgleichs	35
Bemessung der Finanzausgleichsmasse (Vertikaler Finanzausgleich)	36
Verteilung der Finanzausgleichsmasse (Horizontaler Finanzausgleich)	36
Bemessungsgrundlagen zur Verteilung der Finanzausgleichsmasse (Horizontaler Finanzausgleich)	40
Regelungen im Finanzausgleichsgesetz zur Kreis- und Verbandsgemeindeumlage	44
Wenn alle Stricke reißen – Hilfe aus dem Ausgleichsstock	44
Vorteile des neuen Finanzausgleichs 2017 bis 2021	46
Weiterentwicklung des Finanzausgleichs	48
<b>Lohnt sich Sparen? Sparen lohnt sich!</b>	<b>49</b>
<b>Da geht noch mehr!</b>	<b>53</b>
<b>STARKe Beispiele</b>	<b>55</b>
STARK II	56
STARK III	58
STARK V	62
<b>Wer mehr wissen will</b>	<b>65</b>



# OHNE MOOS NIX LOS!

**S**achsen-Anhalts Kommunen erfüllen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger viele Aufgaben. Vor Ort fallen die Entscheidungen, die unser aller unmittelbares Lebensumfeld betreffen. Das Land sorgt dafür, dass unsere Kommunen über die Finanzmittel verfügen, die zur angemessenen Erfüllung dieser Aufgaben erforderlich sind.

Bislang gab es in Sachsen-Anhalt keine übersichtliche und verständliche Darstellung der so wichtigen Finanzströme zwischen Land und Kommunen. Das soll sich mit der vorliegenden Broschüre ändern.

Die Festlegungen des Koalitionsvertrages zwischen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurden umgesetzt. In einem ersten Schritt ist die Finanzausgleichsmasse für das Jahr 2016 um 80 Mio. Euro auf 1,526 Mrd. Euro erhöht worden. In einem zweiten Schritt ist die Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2017 bis 2021 um weitere 102 Mio. Euro auf 1,628 Mrd. Euro angewachsen. Zudem schafft das neue Recht Planungssicherheit bis 2021 und belohnt eigene Anstrengungen der Kommunen besser.



Wie das Land und die Kommunen in Sachsen-Anhalt in finanziellen Belangen zusammenarbeiten, erfahren Sie auf den folgenden Seiten. Zur Lektüre lade ich Sie gern ein.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Schröder', with a long horizontal stroke extending to the right.

**André Schröder**

Finanzminister

Ministerium der Finanzen Sachsen-Anhalt



# KOMMUNEN

## UND KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG

### IN SACHSEN-ANHALT

In einem föderalen Staat wie der Bundesrepublik Deutschland wird die Verantwortung für die öffentlichen Aufgaben zwischen den staatlichen Ebenen geteilt. Dem Grundgesetz nach gelten der Bund und die Länder als staatliche Ebenen. Die Kommunen werden als Teil der Länder betrachtet, sind aber als Selbstverwaltungsorgane die wichtigsten Aufgabenträger auf der unteren Stufe der öffentlichen Verwaltung.

Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes (GG) und Artikel 87 Abs. 1 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt (Landesverfassung) garantieren den Kommunen das Recht, ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu verwalten. Das Recht auf Selbstverwaltung umfasst insbesondere die Organisationshoheit, die Personalhoheit, die Finanz- und Abgabehoheit, die Planungshoheit und die Satzungsgewalt.

Wichtigste rechtliche Säule der kommunalen Selbstverwaltung in Sachsen-Anhalt ist das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA).

Dieses Gesetz regelt die Rechtsverhältnisse der Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise (Kommunen).

#### **Es enthält u. a. Bestimmungen über**

- die Teilhabe der Einwohnerinnen und Einwohner sowie Bürgerinnen und Bürger am kommunalpolitischen Willensbildungsprozess,
- Rechtsstellung, Aufgaben und Arbeitsweise der Organe der Kommunen,
- die kommunale Wirtschaft,
- die Aufsicht über die Kommunen.



### ❖ DIE KOMMUNEN

verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung mit dem Ziel, das Wohl ihrer Einwohner zu fördern (§ 1 Abs. 1 KVG LSA). Sie stellen in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner erforderlichen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen bereit (§ 4 KVG LSA). Sie erfüllen dabei ihre Aufgaben im eigenen Wirkungskreis (Selbstverwaltungsangelegenheiten) und im übertragenen Wirkungskreis (Auftragsangelegenheiten). Zu welchem Wirkungskreis eine Aufgabe gehört, hat gravierende Auswirkungen auf die Finanzierung durch das Land. Die kommunale Ebene des Landes Sachsen-Anhalt gliedert sich wie folgt:

### ❖ GEMEINDEN

sind Grundlage und Glied des demokratischen Staates. Sie verwalten in eigener Verantwortung ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze mit dem Ziel, das Wohl ihrer Einwohner zu fördern. Die Gemeinden sind Gebietskörperschaften und in ihrem Gebiet der ausschließliche Träger der gesamten öffentlichen Aufgaben, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen. Sie stellen in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner erforderlichen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Einrichtungen bereit.

Gemeinden, die nicht die Rechtsstellung einer kreisfreien Stadt haben, gehören einem Landkreis an (kreisangehörige Gemeinde). **Kreisangehörige Gemeinden sind Einheitsgemeinden und Mitgliedsgemeinden von Verbandsgemeinden.** Kreisfreie Städte sind die Städte Dessau-Roßlau, Halle (Saale) und Magdeburg.

### ❖ VERBANDSGEMEINDEN

sind Gebietskörperschaften, deren Gebiet aus dem Gemeindegebiet ihrer Mitgliedsgemeinden besteht. Verbandsgemeinden erfüllen anstelle ihrer Mitgliedsgemeinden die in § 90 Abs. 1 KVG LSA bestimmten Aufgaben des eigenen Wirkungskreises sowie die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises der Mitgliedsgemeinden.

### ❖ DIE LANDKREISE

sind, soweit die Gesetze nichts anderes bestimmen, in ihrem Gebiet die Träger der öffentlichen Aufgaben, die von überörtlicher Bedeutung sind oder deren zweckmäßige Erfüllung die Verwaltungs- oder Finanzkraft der ihnen angehörenden Gemeinden und Verbandsgemeinden übersteigt. Sie unterstützen die ihnen angehörenden Gemeinden und Verbandsgemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und sorgen für einen angemessenen Ausgleich der gemeindlichen Lasten (§ 3 Abs. 2 KVG LSA).



Abbildung 1: Anzahl der Kommunen in Sachsen-Anhalt  
Quelle: Ministerium der Finanzen

# AUFGABEN DER GEMEINDE

## AUFGABEN DES EIGENEN WIRKUNGSKREISES... SELBSTVERWALTUNGSAUFGABEN

§ 5 KVG LSA

... sind Aufgaben, die ihren Ursprung in der örtlichen Gemeinschaft haben oder durch einen besonderen Bezug zu der örtlichen Gemeinschaft eigenverantwortlich und selbstständig bewältigt werden können. Die Art und Weise der Aufgabenerledigung erfolgt weisungsfrei.

### PFLICHTAUFGABEN

Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft, die durch Gesetz als eigene zugewiesen sind.

Beispiele: Trinkwasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Schulträgerschaft, Friedhöfe, Feuerwehr, Kindertageseinrichtungen

### FREIWILLIGE AUFGABEN

Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft, deren Übernahme und Erfüllung die Gemeinde freiwillig beschlossen hat.

Beispiele: Sport und Freizeit, Brauchtumpflege, Wirtschaftsförderung, Tourismus, Theater, Frei- und Hallenbäder



Abbildung 2: Aufgaben der Kommunen im eigenen und übertragenen Wirkungskreis  
Quelle: Strukturatlas des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt  
Stand: 01.07.2016, eigene Ergänzungen



## AUFGABEN DES ÜBERTRAGENEN WIRKUNGSKREISES... AUFTRAGSANGELEGENHEITEN

§ 6 KVG LSA

... sind Aufgaben, die grundsätzlich in der Zuständigkeit und Trägerschaft von Bund oder Land liegen. Kommunale Behörden werden lediglich mit der Erledigung dieser Aufgaben beauftragt. Die Art und Weise der Aufgabenerledigung erfolgt nach Weisung.

### AUFTRAGSANGELEGENHEITEN NACH LANDESRECHT

### AUFGABEN NACH BUNDESRECHT

Beispiele: Gefahrenabwehr, Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Katastrophenschutz, Melde- und Personenstandswesen, Wohngeldbearbeitung





# AUFGABEN DER VERBANDSGEMEINDE

## ERFÜLLUNG ÜBERTRAGENER AUFGABEN

### GESETZLICHE AUFGABEN

§ 90 Abs. 1 UND 2 KVG LSA

Aufgaben des eigenen Wirkungskreises

alle Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises, soweit nicht Bundes- oder Landesrecht entgegensteht

Die zur Erfüllung übertragenen Aufgaben werden im eigenen Namen wahrgenommen.  
§ 91 Abs. 1 KVG LSA

### DURCH DIE MITGLIEDSGEMEINDEN ÜBERTRAGENE AUFGABEN

§ 90 Abs. 3 KVG LSA

Aufgaben des eigenen Wirkungskreises, die nicht von § 90 Abs. 1 KVG LSA erfasst sind

Beispiele: Trinkwasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Schulträgerschaft, Friedhöfe, Feuerwehr, Kindertageseinrichtungen



## BESORGUNG ÜBERTRAGENER AUFGABEN

§ 91 Abs. 2 KVG LSA

Führung der Verwaltungsgeschäfte aller Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Mitgliedsgemeinden, die der Verbandsgemeinde nicht zur Erfüllung übertragen wurden.

Die Verbandsgemeinde handelt im Namen und im Auftrag der Mitgliedsgemeinden und ist dabei an die Beschlüsse der Gemeinderäte und die Grundsatzentscheidungen der Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden gebunden.

Abbildung 3: Aufgaben der Verbandsgemeinde

Quelle: Strukturatlas des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt

Stand: 01.07.2016, eigene Ergänzungen

# KOMMUNALE FINANZEN

## EIN ÜBERBLICK

❖ **NACH ARTIKEL 88 ABS. 1 DER LANDESVERFASSUNG** sorgt das Land dafür, dass die Kommunen über Finanzmittel verfügen, die zur *angemessenen* Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. *Angemessen* ist die Finanzausstattung, die die Kommunen für eine wirtschaftliche und sparsame Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen.

Die Kommunen haben zunächst das Recht, eigene Steuern und Abgaben zu erheben (Artikel 88 Abs. 3 der Landesverfassung). Dabei steht das Aufkommen der Grundsteuer und Gewerbesteuer den Gemeinden, d. h. den kreisfreien Städten und den kreisangehörigen Gemeinden zu (Artikel 106 Abs. 6 GG). Ergänzend fließen den Gemeinden Anteile an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer zu (Artikel 106 Abs. 5 und 5a GG).

Landkreise und Verbandsgemeinden haben keine eigenen Steuereinnahmen. Sie können, soweit ihre sonstigen Erträge und Einnahmen nicht ausreichen, von den kreisangehörigen Gemeinden bzw. von den Mitgliedsgemeinden eine Umlage (Kreisumlage bzw. Verbandsgemeindeumlage) erheben, um ihren erforderlichen Bedarf zu decken (§ 99 Abs. 3 bzw. Abs. 4 KVG LSA).

Weiterhin erhalten die Kommunen zweckgebundene Landesmittel (sog. sonstiger Nettotransfer).

Wo diese Einnahmen nicht ausreichen, gewährt das Land den Kommunen ergänzende Zuweisungen über das Finanzausgleichsgesetz (FAG). Ziel des Finanzausgleichsgesetzes ist es, die Kommunen in die Lage zu verset-

zen, ihre Aufgaben angemessen zu erfüllen und die unterschiedliche Finanzkraft der Kommunen angemessen auszugleichen (Artikel 88 Abs. 2 der Landesverfassung). Auszugleichen sind dabei strukturbedingte, d. h. vorgefundene Unterschiede in der Finanzausstattung der Kommunen, nicht aber solche, die auf eigenen haushaltswirksamen Entscheidungen der Kommunen beruhen.

Das Finanzausgleichsgesetz knüpft an die kommunale Gliederung nach dem Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt an (siehe unter Kapitel Kommunen und kommunale Selbstverwaltung in Sachsen-Anhalt, S. 4 f.), sowie an die Unterscheidung zwischen eigenem und übertragenem Wirkungskreis. Daneben werden auch einzelne zentralörtliche Funktionen der Kommunen berücksichtigt. Diese sind in der Landesentwicklungsplanung Sachsen-Anhalt definiert.

Die kreisfreien Städte werden im Rahmen der räumlichen Landesentwicklung als **Oberzentren** definiert. Sie sind Standorte hochwertiger spezialisierter Einrichtungen im wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen und politischen Bereich mit überregionaler und zum Teil landesweiter Bedeutung. Sie sollen darüber hinaus als Verknüpfungspunkte zwischen großräumigen und regionalen Verkehrssystemen wirken.



# 22

größere Einheitsgemeinden werden bei der räumlichen Landesentwicklungsplanung als **Mittelzentren** eingestuft. Sie sind Standorte für gehobene Einrichtungen im wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Bereich und für weitere private Dienstleistungen. Sie sollen als Verknüpfungspunkte des öffentlichen Nahverkehrs dienen und die Verbindung zum regionalen und überregionalen Verkehr sichern.

Daneben wird im Rahmen der räumlichen Landesentwicklungsplanung auch die zentralörtliche Funktion eines Grundzentrums definiert. Dabei kommt neben den einzelnen Gemeinden auch ein im Zusammenhang bebauter Ortsteil als zentrales Siedlungsgebiet einer Gemeinde in Betracht. In der Folge sind gegenwärtig **94 Grundzentren** benannt. Aufgrund dieser hohen Anzahl wird diese Funktion im Finanzausgleichsgesetz nicht separat berücksichtigt.



# ENTWICKLUNG

## DER KOMMUNALEN FINANZSITUATION

### (KERNHAUSHALTE)

## ENTWICKLUNG

### DER EINNAHMEN/EINZAHLUNGEN

Die Kommunen in Sachsen-Anhalt verfügen über ein breites Spektrum an **eigenen Einnahmen**<sup>1</sup> zur Finanzierung ihrer Aufgaben.

#### ❖ DIESE UMFASSEN:

- Steuern,
- öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (z. B. Gebühren, Beiträge),
- privatrechtliche Leistungsentgelte (z. B. Mieten, Pachten),
- Kostenerstattungen und Kostenumlagen,
- Gewinne aus wirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen,
- Einnahmen aus Veräußerungen oder Entgelte für die Nutzung von Verwaltungsvermögen,
- sonstige Einnahmen aus laufender Verwaltungstätigkeit (z. B. Konzessionsabgaben, Bußgelder),
- Zinsen und sonstige Finanzeinnahmen (z. B. Gewinnanteile verbundener Unternehmen und Beteiligungen),
- Zuflüsse aus Investitionstätigkeit (z. B. Veräußerung Grundstücke oder Gebäude, Veräußerung Finanzanlagen).

Dabei ist zu berücksichtigen, dass das unmittelbare Aufkommen der Steuern nur den Gemeinden und nicht den Landkreisen und den Verbandsgemeinden als Gemeindeverbünde zusteht.

Über diese eigenen Einnahmemöglichkeiten hinaus erhalten die Kommunen zur Sicherung ihrer Aufgabenerfüllung:

- Zahlungen des Landes nach dem Finanzausgleichsgesetz,
- zweckgebundene konsumtive Zahlungen des Landes außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes (sonstiger Nettotransfer) und
- zweckgebundene investive Zahlungen des Landes außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes (investive Fördermittel)

Zudem können die Kommunen auch noch Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen aufnehmen.

<sup>1</sup> Im Folgenden wird zur besseren Lesbarkeit statt der Begriffe Einnahmen und Einzahlungen nur der Begriff Einnahmen verwendet. Die Unterschiede zwischen Einnahmen und Einzahlungen nach der Doppik bleiben unberücksichtigt.

## Entwicklung der Einnahmen (bereinigt<sup>2</sup>) in den kommunalen Kernhaushalten in Sachsen-Anhalt 2013 – 2017



Abbildung 4: Entwicklung der Einnahmen (bereinigt) in den Kommunen 2013 bis 2017  
 Quelle: Jahresrechnungstatistiken 2013 bis 2016 und Kassenstatistik 2017  
 (Landessystematik Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, eigene Berechnungen)

### HINWEIS ZU ABBILDUNG 4

Zur besseren Darstellung wurden in den „sonstigen Einnahmen“ die Einnahmen aus den privatrechtlichen Leistungsentgelten, Kostenerstattungen und Kostenumlagen, die sonstigen Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sowie die Zinsen und sonstigen Finanzeinzahlungen zusammengefasst. Die Kredite für Investitionen sind in der Position „Einzahlung aus investiven Finanzierungstätigkeiten“ enthalten.

Insbesondere die Steuereinnahmen der Kommunen (27,2 Prozent an den bereinig-

ten Einnahmen 2017) haben sich trotz sinkender Bevölkerungszahlen mit einem Anstieg um rund 22,3 Prozent von 2013 zu 2017 sehr positiv entwickelt.

Den stärksten Anstieg weisen aber die sonstigen Einnahmen aus. Diese sind von 2013 bis 2017 sogar um rund 29,9 Prozent angestiegen. Dabei machen die Zuweisungen nach dem FAG in 2017 rund 23,6 Prozent der bereinigten Einnahmen aus.

<sup>2</sup> Bei den bereinigten Einnahmen der Kommunen werden die enthaltenen Zahlungen zwischen den Kommunen – in Höhe der Zahlungseingänge – als Gesamtbetrag sowohl von der Einnahmesumme als auch der Ausgabesumme abgesetzt. Hintergrund ist, dass durch die Zahlungen zwischen den einzelnen öffentlichen Haushalten sich bei der Zusammenfassung mehrerer Körperschaften zu einer Darstellungsebene sonst Doppelzählungen ergeben.

# ENTWICKLUNG

## DER AUSGABEN/AUSZAHLUNGEN

So vielfältig wie ihre Aufgaben sind auch die Ausgaben<sup>3</sup> der Kommunen (siehe Abbildung 5). Im Jahr 2017 lagen diese bei insgesamt rund 6.146 Mio. Euro, womit die Kommunen den bisherigen Höchststand bei den Ausgaben erreicht haben.

Ein wesentlicher Teil der Ausgaben wird durch die Personalausgaben, die sozialen Leistungen und die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand bestimmt.

Während im Kernhaushalt die **Zinsausgaben** von 2013 zu 2017 um rund 48,3 Prozent (ca. 54,7 Mio. Euro) sanken, ist bei der größten Ausgabeposition **Personalausgaben** (rund 28,1 Prozent der bereinigten Ausgaben<sup>4</sup> 2017) mit ca. 13,5 Prozent (ca. 205,4 Mio. Euro) ein nicht unerheblicher Anstieg zu verzeichnen. Ursachen für einen möglichen Anstieg können in den Tarifsteigerungen beim Personal, in neuen zusätzlichen Aufgaben oder in einem höheren Niveau der Erfüllung bestehender Aufgaben liegen.

Auch die Ausgaben für **soziale Leistungen** (rund 21,5 Prozent der bereinigten Ausgaben

2017) haben sich von 2013 zu 2017 um ca. 7 Prozent (ca. 86,1 Mio. Euro) erhöht. Für diesen Ausgabenbereich erhalten die Kommunen hohe zweckgebundene Zuweisungen durch Land und Bund.

Der **laufende Sachaufwand** ist mit ca. 22,5 Prozent der bereinigten Ausgaben 2017 eine der größten Ausgabepositionen. Er umfasst als Sammelposition zur Gewährleistung des Verwaltungsbetriebs und der Bereitstellung von öffentlichen Einrichtungen ein breites Spektrum von Kosten. So werden u. a. die Betriebskosten für Verwaltungsgebäude, die Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen (z. B. Spielplätze, Grün- und sonstige Außenanlagen, Zufahrten, Wege, Heizungsanlagen), Auszahlungen für die Beseitigung von Unwetterschäden, Mieten und Pachten, Mittel für die Durchführung von Veranstaltungen, die Haltung von Fahrzeugen, Ausgaben für die Schülerbeförderung sowie Versicherungen und die Finanzierung von Dienstleistungen durch Dritte in dieser Position zusammengefasst.

<sup>3</sup> Im Folgenden wird zur besseren Lesbarkeit statt der Begriffe Ausgaben und Auszahlungen nur der Begriff Ausgaben verwendet. Die Unterschiede zwischen Ausgaben und Auszahlungen nach der Doppik bleiben unberücksichtigt.

<sup>4</sup> Bei den bereinigten Ausgaben der Kommunen werden die enthaltenen Zahlungen zwischen den Kommunen – in Höhe der Zahlungseingänge – als Gesamtbetrag sowohl von den Einnahmesummen als auch der Ausgabesumme abgesetzt. Hintergrund ist, dass durch die Zahlungen zwischen den einzelnen öffentlichen Haushalten sich bei der Zusammenfassung mehrerer Körperschaften zu einer Darstellungsebene sonst Doppelzählungen ergeben.

## ENTWICKLUNG DER AUSGABEN (BEREINIGT) DER KOMMUNALEN KERNHAUSHALTE IN SACHSEN-ANHALT 2013 – 2017

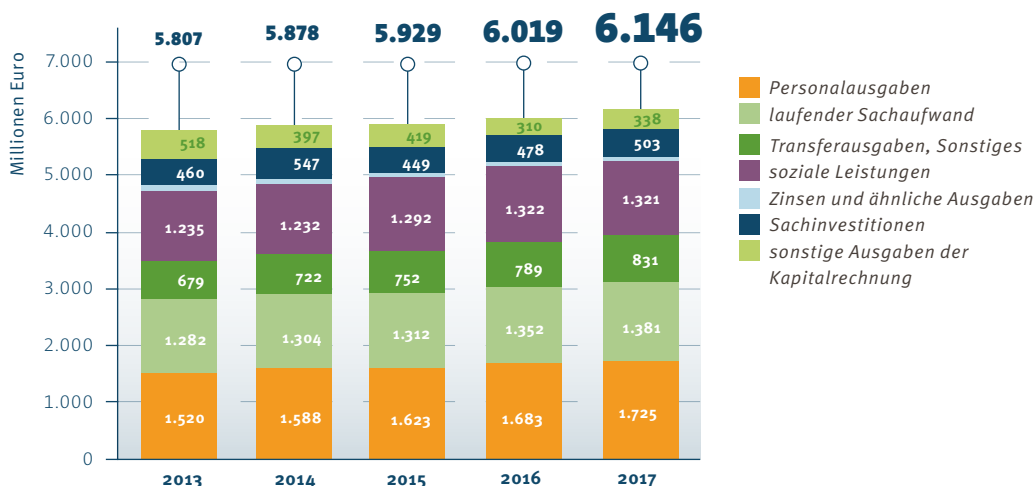


Abbildung 5: Entwicklung der Ausgaben (bereinigt) in den Kommunen 2013 bis 2017  
Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2013 bis 2016 und Kassenstatistik 2017  
(Landessystematik Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt), eigene Berechnungen

❖ **WICHTIG FÜR DIE KOMMUNEN SIND WEITERHIN IHRE AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN**, insbesondere für Sachinvestitionen. Im Jahr 2017 betrugen diese immerhin 503 Mio. Euro.

Zu erwähnen sind schließlich die sonstigen Ausgaben der Kapitalrechnung. Diese Position umfasst insbesondere die Tilgungsleistungen der Kommunen. Diese liegen mit einer Summe von

299 Mio. Euro mehr als 181 Mio. Euro niedriger als noch im Jahr 2013.

Dies ist insbesondere eine Folge des Schuldenabbaus der Kommunen in den vergangenen Jahren, der u. a. durch das STARK II-Programm (siehe auch Kapitel *STARK II*) forciert worden ist. Sachsen-Anhalt war in den letzten Jahren damit bundesweiter Spitzenreiter beim Abbau kommunaler Schulden.

# EINNAHMEN UND AUSGABEN IM VERGLEICH

## SALDO EINSCHLIESSLICH FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT

ENTWICKLUNG DES SALDOS DER FINANZRECHNUNG (AB 2013 DOPPISCHE WERTE)  
DER KOMMUNALEN KERNHAUSHALTE IN SACHSEN-ANHALT SEIT 2000

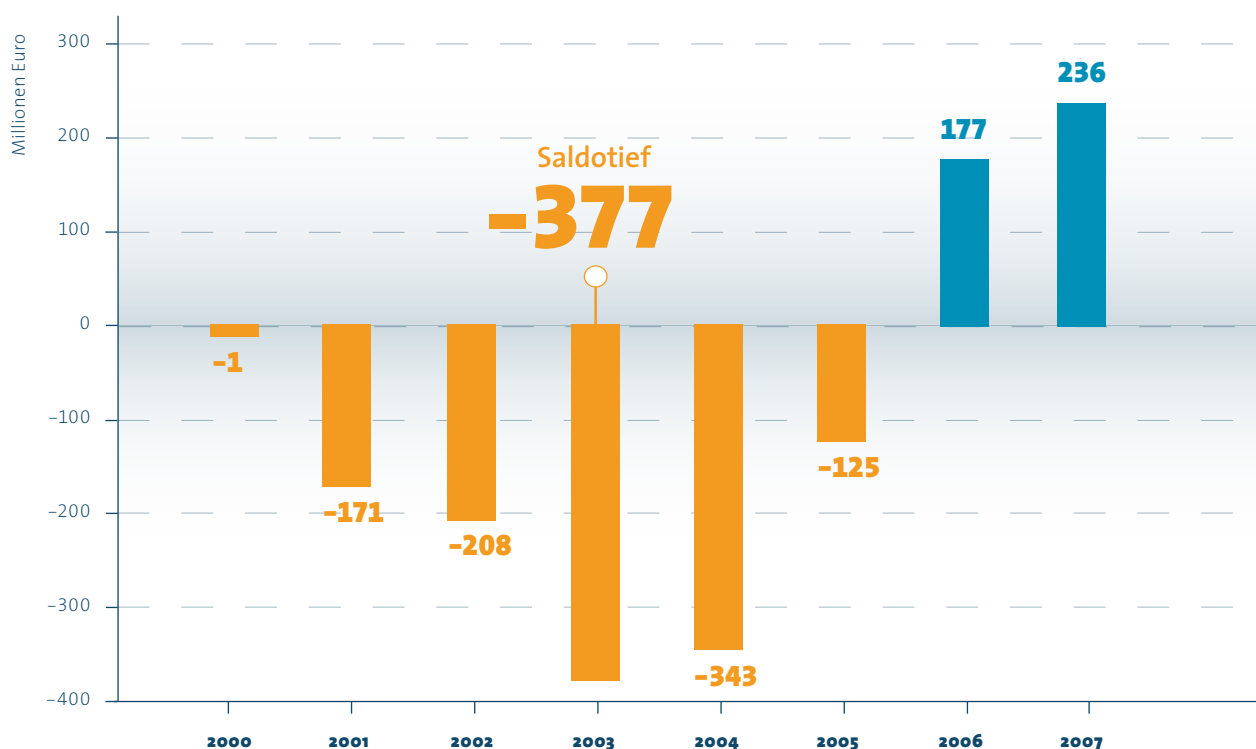


Abbildung 6: Entwicklung des Saldos der Finanzrechnung der kommunalen Kernhaushalte 2000 - 2017, ab 2013 doppelte Werte  
Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2000 bis 2016 und Kassenstatistik 2017  
(Landessystematik des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt), eigene Berechnungen

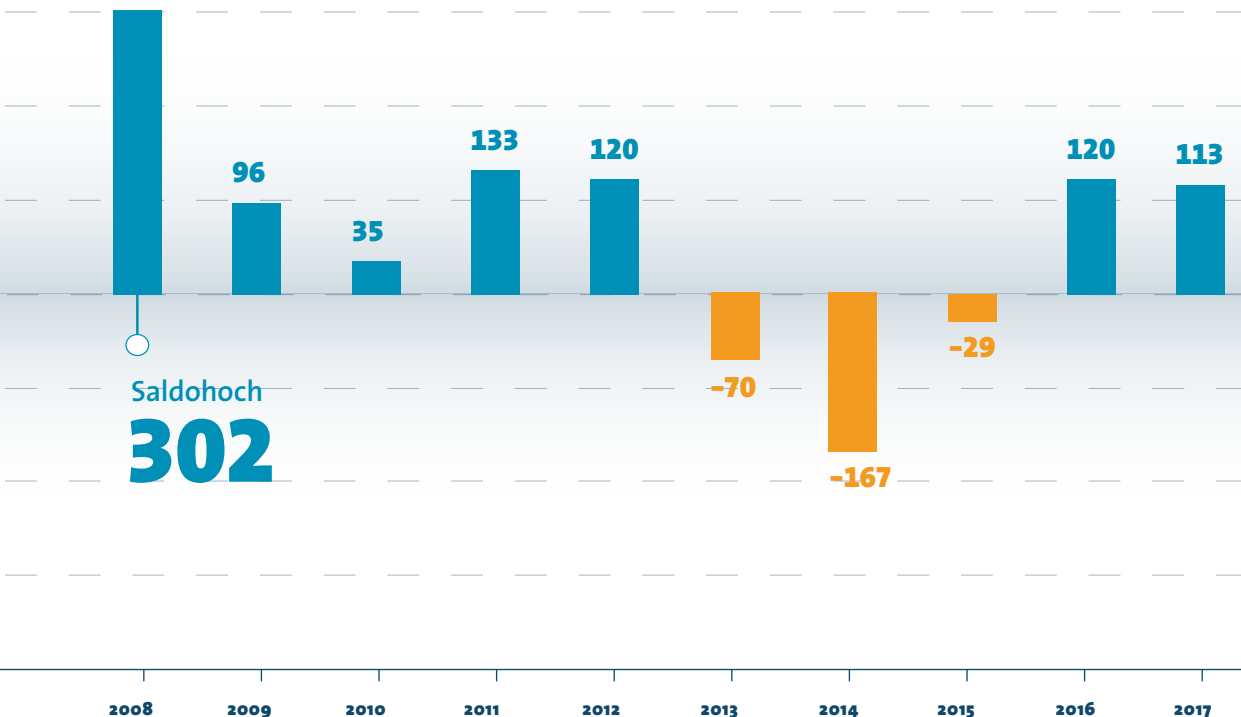


Bei der Ermittlung des Saldos der Finanzrechnung (Differenz zwischen bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben) für die Jahre 2000 bis 2017 ergibt sich für die Kommunen in Sachsen-Anhalt ein sehr abwechslungsreiches Bild (siehe Abbildung 6).

So konnten die Kommunen in Sachsen-Anhalt in den Jahren 2006 bis 2012 jährlich erhebliche Überschüsse verzeichnen. In den Jahren 2013 bis 2015 entwickelte sich der Saldo der Finanzrechnung negativ, wobei diese Entwicklung in 2014 mit einem Defizit von 167 Mio. Euro ihren Höhepunkt erreichte. Die negativen Werte lagen zum Teil auch an der Umstellung der kommunalen Haushalte von der kameralen auf die doppische Systematik, da ab 2013 im Saldo der Finanzrechnung auch die kommunalen

Finanzierungstätigkeiten (vor allem Tilgung und Aufnahme investiver Kredite) berücksichtigt wurden. Die Betrachtung der Entwicklung ohne Berücksichtigung der kommunalen Finanzierungstätigkeit ab 2013 erfolgt im Kapitel *Saldo ohne Finanzierungstätigkeit*, S. 20f.

2016 und 2017 konnten die Kommunen insgesamt wieder einen positiven Saldo der Finanzrechnung von 120 Mio. Euro und 113 Mio. Euro realisieren. Dies lag vor allem an den zusätzlichen Leistungen nach dem Dritten und Vierten Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, gestiegenen Steuereinnahmen und gestiegenen Leistungen des Bundes.



Natürlich bedeutet ein insgesamt positiver Saldo der Finanzrechnung für alle Kommunen des Landes nicht, dass dieser auch in jeder einzelnen Kommune erreicht wurde. Insofern hilft es, die Gruppe der Kommunen weiter zu differenzieren.

Differenziert man das Ergebnis im kreisangehörigen Raum weiter, erkennt man,

dass ab 2016 die Landkreise mit rund 30 Mio. Euro (2017 = rund 17 Mio. Euro) und die kreisangehörigen Gemeinden mit rund 99 Mio. Euro (2017 = rund 60 Mio. Euro) ein deutliches Plus verbuchen konnten (Abbildung 7). Die kreisfreien Städte weisen erst ab 2017 einen positiven Wert von rund 35 Mio. Euro aus.

### ENTWICKLUNG DER SALDEN DER FINANZRECHNUNG (AB 2013 DOPPISCHE WERTE) DER EINZELNEN KOMMUNALEN GRUPPEN IN SACHSEN-ANHALT 2000 – 2017

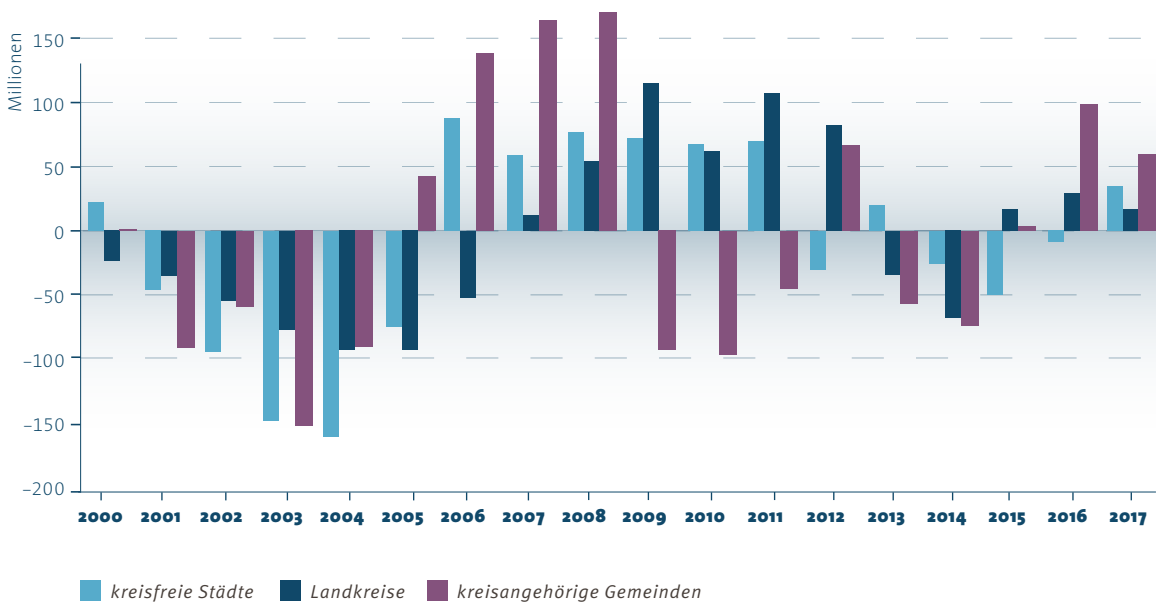


Abbildung 7: Entwicklung der Salden der Finanzrechnung der kommunalen Kernhaushalte der einzelnen kommunalen Gruppen 2000 bis 2017, ab 2013 doppelte Werte  
Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2000 bis 2016 und Kassenstatistik 2017  
(Landssystematik des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt), eigene Berechnungen



# SALDO OHNE FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT

## ENTWICKLUNG DES SALDOS DER FINANZRECHNUNG OHNE FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT DER KOMMUNALEN KERNHAUSHALTE IN SACHSEN-ANHALT

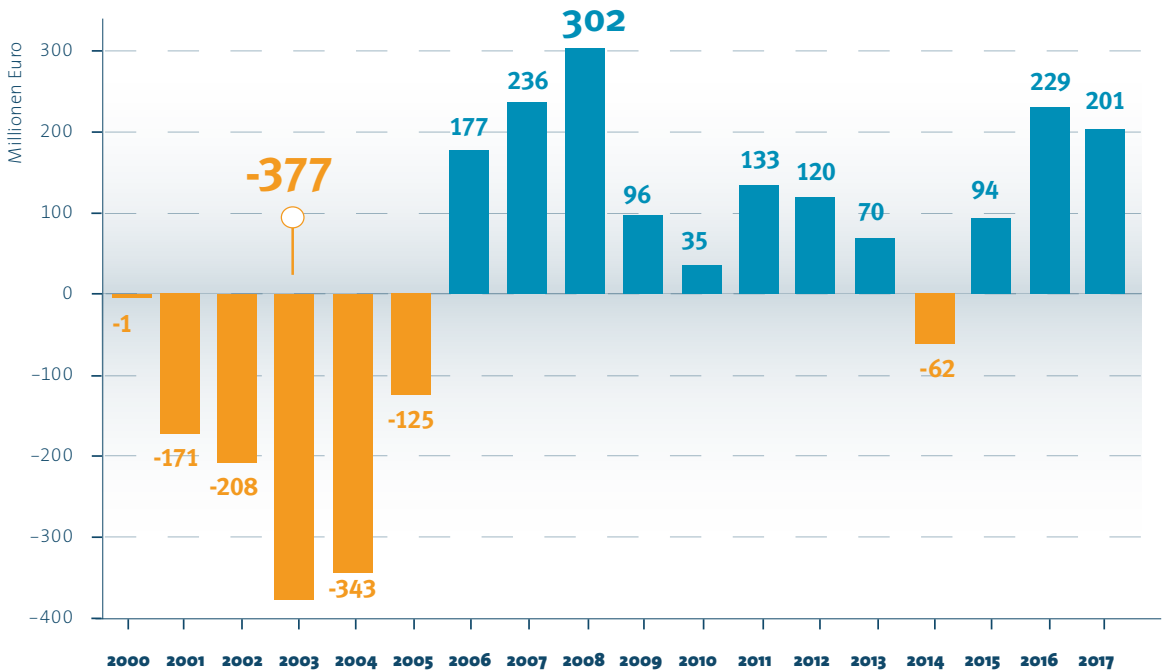


Abbildung 8: Entwicklung des Saldos der Finanzrechnung ohne Finanzierungstätigkeit der kommunalen Kernhaushalte 2000 bis 2017, ab 2013 doppelte Werte

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2000 bis 2016 und Kassenstatistik 2017

(Landessystematik des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt), eigene Berechnungen

Mit der Einführung der Doppik in den kommunalen Haushalten werden seit 2013 bei der Ermittlung des Saldos der Finanzrechnung alle Ein- und Auszahlungen der Kapitalrechnung berücksichtigt. Dies umfasst auch die Zahlungen aus der Finanzierungstätigkeit (vor allem: Aufnahme und Tilgung von Investitionskrediten).

Um herauszufinden, ob die kommunalen Einnahmen ohne die Aufnahme von Investitionskrediten ausreichen, um die Ausgaben ohne Tilgung von Krediten decken zu können, werden diese Zahlungen in den Jahren 2013 bis 2017 herausgerechnet.

Bei dieser Betrachtung fällt auf, dass die Kommunen in Sachsen-Anhalt in den korrigierten Jahren 2013 bis 2017 nur in 2014 einen negativen Wert ausweisen (siehe Abbildung 8).

Bei der Betrachtung der Finanzierungssalden darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es im Land auch Kommunen gibt, die diesen positiven Saldo nur durch den Einsatz von Veräußerungserlösen oder durch Einnahmen aus Fördermitteln erreichen konnten.

**ENTWICKLUNG DER SALDEN DER FINANZRECHNUNG  
OHNE FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT (AB 2013 DOPPISCHE WERTE)  
DER EINZELNEN KOMMUNALEN GRUPPEN IN SACHSEN-ANHALT 2000 – 2017**

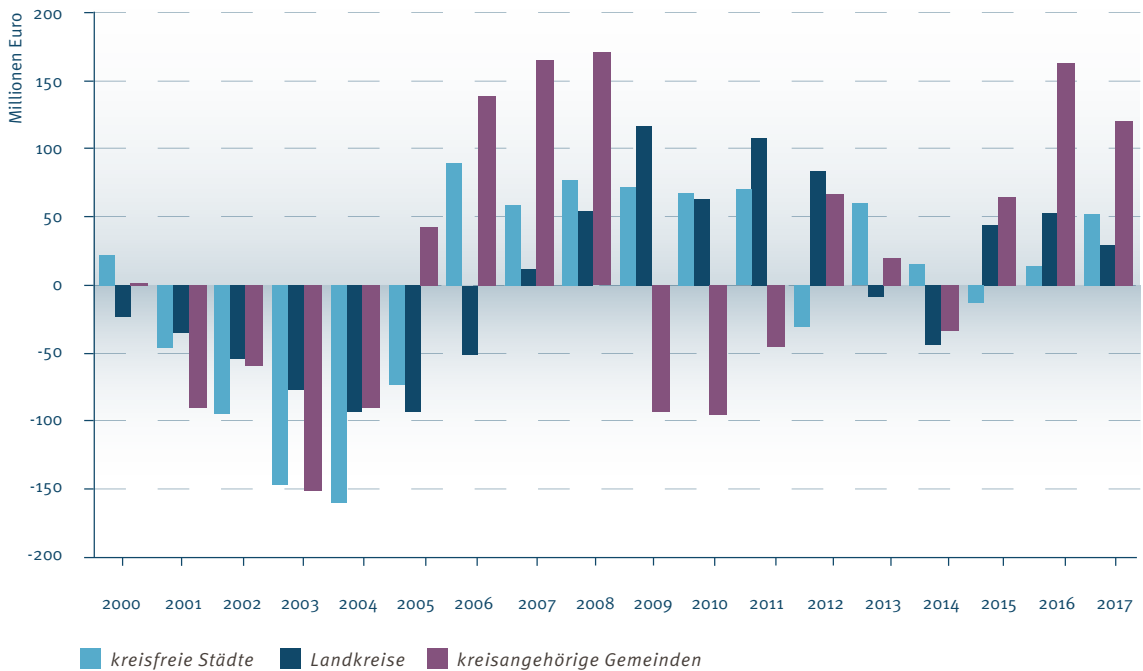


Abbildung 9: Entwicklung der Salden der Finanzrechnung ohne Finanzierungstätigkeit der kommunalen Kernhaushalte der einzelnen kommunalen Gruppen 2000 bis 2017, ab 2013 doppelte Werte  
Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2000 bis 2016 und Kassenstatistik 2017  
(Landessystematik des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt), eigene Berechnungen

Darüber hinaus verfügen die Kommunen über ein Bündel weiterer Möglichkeiten, um ihre Finanzsituation bei Einnahmen und auch Ausgaben zu verbessern, z. B. :

- verstärkte kommunale Zusammenarbeit, z. B. bei Kindertagesstätten, Schulen und Feuerwehren,
- Überprüfung der Verwaltungskostenbeiträge,
- Überprüfung der Erbbauzinsen,
- Einsparmöglichkeiten bei frei werdenden Personalstellen,

- Einbeziehung der Sondervermögen und der kommunalen Gesellschaften in die Haushaltskonsolidierung und
- gebündelte Ausschreibung von Wartungs- und Lieferverträgen.

Solange die Kommunen den Haushaltsausgleich erreichen, liegt es letztlich in ihrer Verantwortung im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung, welche dieser Maßnahmen sie ergreifen.



# EIGENE EINNAHMEN DER KOMMUNEN

## RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Nach Artikel 106 Abs. 6 GG steht den Gemeinden das Aufkommen der **Grundsteuer**, der **Gewerbesteuer** und der örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern zu. Dabei haben die Gemeinden das Recht, die Hebesätze der Grundsteuer und Gewerbesteuer im Rahmen der Gesetze selbst festzusetzen.

Des Weiteren stehen den Gemeinden nach Artikel 106 Abs. 5 und 5a GG auch **Anteile an dem Aufkommen der Einkommensteuer sowie der Umsatzsteuer** zu.

Danach erhalten die Gemeinden in Sachsen-Anhalt Einnahmen aus folgenden Steuern:

- a) Gewerbesteuer
- b) Grundsteuer A (auf landwirtschaftlich genutzte Flächen)
- c) Grundsteuer B (auf bebaute Flächen)
- d) Anteil an der Einkommensteuer
- e) Anteil an der Umsatzsteuer
- f) örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern (z. B. Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Zweitwohnungssteuer).

Die Steuereinnahmen a) bis e) bilden die Grundlage für die Berechnung der Steuerkraft einer Gemeinde, die bei vielen Leistungen im kommunalen Finanzausgleich eine Rolle spielt, da das Land nach Artikel 88 Abs. 2 der Landesverfassung die unterschiedliche Finanzkraft angemessen auszugleichen hat.

Des Weiteren erheben Gemeinden **Gebühren** (Verwaltungs- und Benutzungsgebühren) und **Beiträge** (z. B. Anschluss- und Straßenausbaubeiträge). Ermächtigungsgrundlage ist hierfür das Kommunalabgabengesetz des Landes Sachsen-Anhalt.

Die Landkreise können von ihren kreisangehörigen Gemeinden – soweit ihre sonstigen Erträge nicht ausreichen – eine Umlage (Kreisumlage) erheben, um ihren erforderlichen Bedarf zu decken. Auch die Verbandsgemeinden können unter diesen Bedingungen von ihren Mitgliedsgemeinden eine Umlage (Verbandsgemeindeumlage) erheben.

Sofern diese eigenen Einnahmemöglichkeiten der Kommunen nicht ausreichen, um ihren Finanzbedarf zu decken, sorgt das Land nach Art. 88 Abs. 1 der Landesverfassung dafür, dass die Kommunen über Finanzmittel verfügen, die zur angemessenen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind.

Dieser Verpflichtung kommt das Land durch das Finanzausgleichsgesetz (siehe *Das Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021*, S. 35), zweckgebundene Zahlungen außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes (siehe *Da geht noch mehr!*, S. 53f.) und verschiedene Investitionsförderprogramme nach.

## ENTWICKLUNG DER KOMMUNALEN STEUEREINNAHMEN IN SACHSEN-ANHALT 2005 – 2017

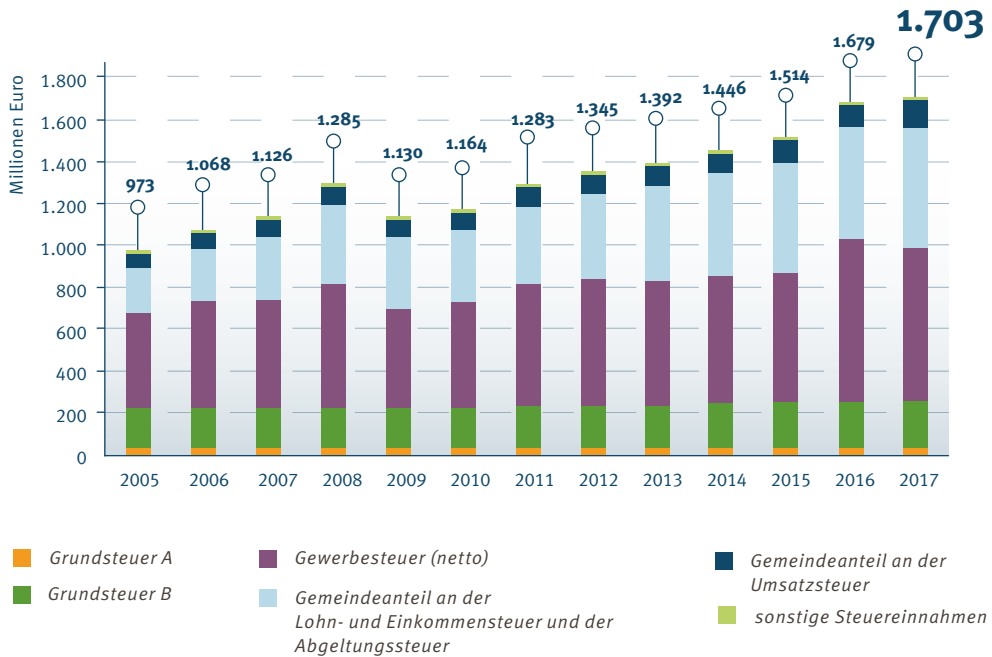


Abbildung 10: Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen 2005 bis 2017  
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14. Reihe 4; eigene Berechnungen

### ENTWICKLUNG DER GEMEINDLICHEN STEUEREINNAHMEN (NETTO)

Seit dem Jahr 2005 sind die gemeindlichen Steuereinnahmen deutlich gestiegen (siehe Abbildung 10). Der Anstieg wird hauptsächlich von den Einnahmen aus der Gewerbesteuer sowie den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer getragen.

Bei der Gewerbesteuer konnten die Gemeinden ihre Einnahmen um ca. 57,2 Prozent steigern, während sich die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer trotz sinkender Bevölkerungszahlen mehr als verdoppelt haben.

Der Anteil der Steuereinnahmen an den gesamten kommunalen Einnahmen hat sich damit seit dem Jahr 2005 von 21,3 Prozent auf 27,2 Prozent erhöht.

## NETTOSTEUEREINNAHMEN JE EINWOHNER

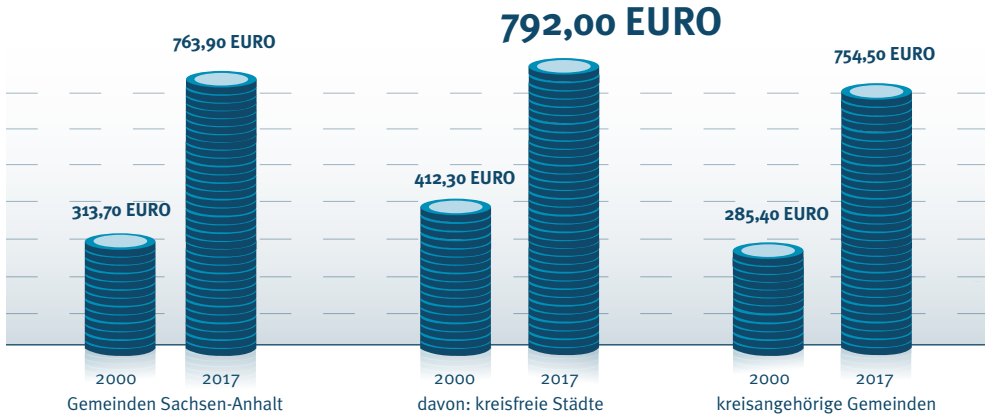


Abbildung 11: Kommunale Steuereinnahmen in Euro je Einwohner 2000 und 2017 der kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden

Quelle: Jahresrechnungsstatistik 2000, Kassenstatistik 2017 des Statistischen Landesamtes, eigene Berechnungen

Bei einer Betrachtung der gemeindlichen Gruppen (kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden) wird deutlich, dass sich die Netto-steuereinnahmen je Einwohner insgesamt mehr als verdoppelt haben. Diese positive Entwicklung können sowohl die kreisfreien Städte als auch die kreisangehörigen Gemeinden aufweisen. In Abbildung 11 sind die durchschnittlichen Steuereinnahmen je Einwohner der Jahre 2000 und 2017 als Vergleich dargestellt.

Die dort aufgezeigten geringen Unterschiede zwischen den einzelnen kommunalen Gruppen liegen zum einen an den unterschiedlichen strukturellen Rahmenbedingungen und zum

anderen auch an der unterschiedlichen Ausschöpfung der Gestaltungsspielräume bei ihren eigenen Einnahmen (Hebesatzunterschiede).

Auch in den Jahren bis 2023 werden sich die Steuereinnahmen der Kommunen voraussichtlich weiter sehr positiv entwickeln. Bis 2023 werden diese nach der aktuellen Steuerschätzung vom Oktober 2018 voraussichtlich auf ca. 2.153 Mio. Euro steigen.

Abbildung 12 zeigt die voraussichtlichen Steuereinnahmen der Kommunen in den einzelnen Jahren.

## VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG DER KOMMUNALEN STEUEREINNAHMEN IN SACHSEN-ANHALT 2018 – 2023

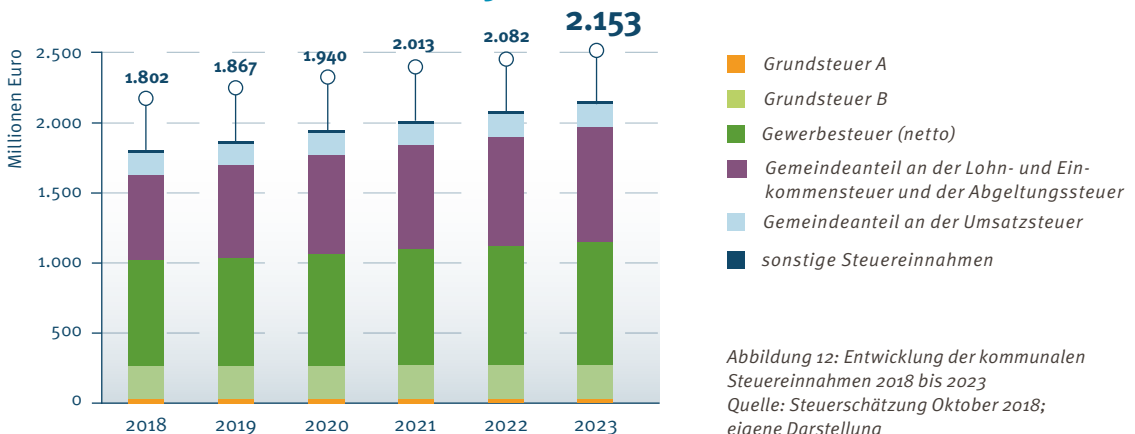


Abbildung 12: Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen 2018 bis 2023

Quelle: Steuerschätzung Oktober 2018; eigene Darstellung

# KOMMUNALE GESTALTUNGSMÖGLICHKEITEN BEI DEN EIGENEN EINNAHMEN

## GEWERBESTEUER UND GRUNDSTEUER

Die Kommunen haben durchaus Gestaltungsspielräume, um ihre eigenen Einnahmen zu erhöhen. Wesentlich hierbei ist die Festsetzung der Hebesätze für die Gewerbesteuer sowie für die Grundsteuer A und B.

Im Bundesländervergleich in Abbildung 13 zeigt sich, dass die Kommunen in Sachsen-Anhalt bei

beiden Steuerarten immer noch niedrigere Hebesätze als die Kommunen in den Flächenländern West haben. Bei der Grundsteuer B weist auch der durchschnittliche gewogene Hebesatz der Flächenländer Ost (ohne Sachsen-Anhalt) einen wesentlich höheren Wert aus.

### VERGLEICH DER HEBESÄTZE FÜR GRUNDSTEUER A UND GRUNDSTEUER B IN SACHSEN-ANHALT UND DEN FLÄCHENLÄNDERN 2017

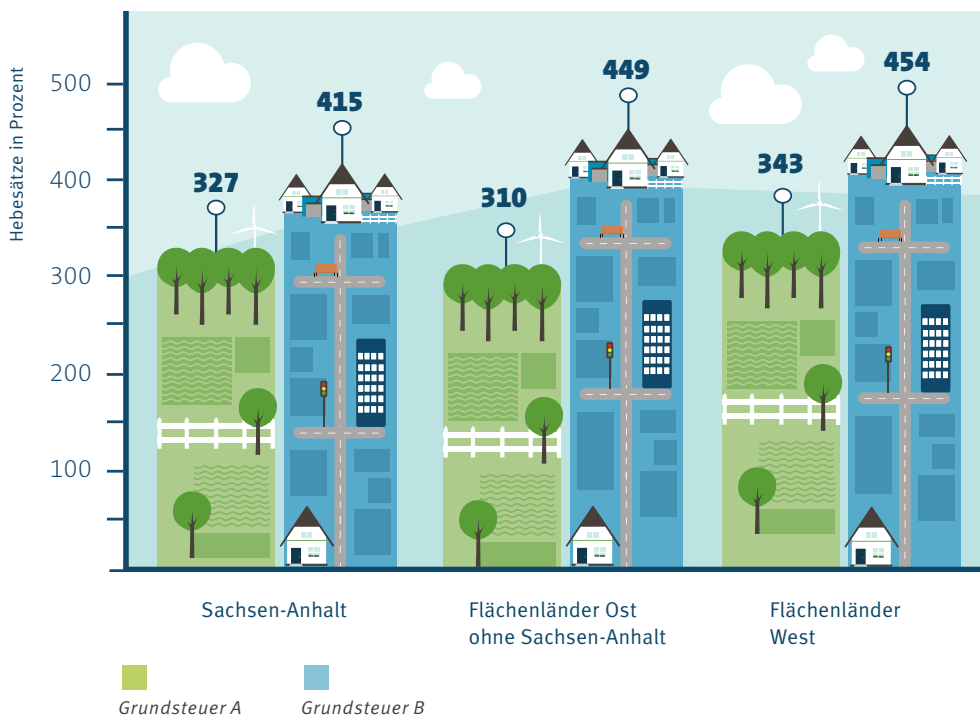


Abbildung 13: Grundsteuer A und B – Hebesätze im Bundesländervergleich im Jahr 2017  
Quelle: Realsteuervergleich 2017, eigene Berechnungen

Auch bei der Gewerbesteuer zeigt sich (Bundesländervergleich in Abbildung 14), dass die Kommunen in Sachsen-Anhalt niedrigere Hebesätze als die Kommunen sowohl in den Flächenländern West als auch in den Flächenländern Ost haben.

Dieser Bundesländervergleich zeigt zudem, dass ein Ausweichen der Unternehmen in andere Bundesländer für diese grundsätzlich nicht zu einem niedrigeren Gewerbesteuerhebesatz führen würde.

Eine solide nachhaltige Haushaltsführung sorgt langfristig für eine höhere Handlungsfähigkeit der Kommunen und stärkt die kommunale Infrastruktur. Zudem ist den Unternehmen auf

der Suche nach einem neuen Standort bewusst, dass das kommunale Haushaltsdefizit von heute meist die Gewerbesteuererhöhung von morgen bedeutet.

Es ist erkennbar, dass es offensichtlich keinen positiven Zusammenhang zwischen niedrigen Hebesätzen der Gewerbesteuer und einer hohen lokalen Wirtschaftskraft gibt.

Im Gegenteil: In den westdeutschen Flächenländern – dort wo die Wirtschaftskraft noch immer am höchsten ist – gibt es auch die höchsten Gewerbesteuerhebesätze.

#### VERGLEICH DER HEBESÄTZE FÜR GEWERBESTEUER IN SACHSEN-ANHALT UND ANDEREN FLÄCHENLÄNDERN

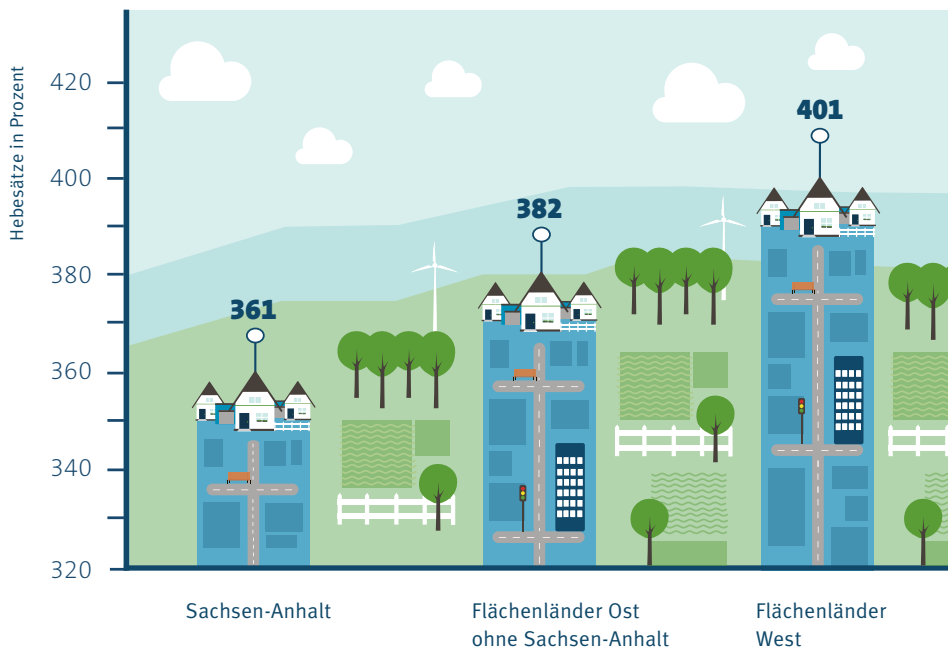


Abbildung 14: Gewerbesteuer-Hebesätze im Bundesländervergleich im Jahr 2017  
Quelle: Realsteuervergleich 2017, eigene Berechnungen



# SONSTIGE KOMMUNALE ABGABEN

Auch bei den sonstigen kommunalen Abgaben haben die Kommunen einen eigenen Gestaltungsspielraum. So haben sie beispielsweise nach § 5 Kommunalabgabengesetz (KAG-LSA) Benutzungsgebühren als Gegenleistung für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen zu erheben. Das Gebührenaufkommen soll die Kosten der jeweiligen Einrichtung decken, jedoch nicht überschreiten. Landkreise und Gemeinden können niedrigere Gebühren erheben oder von Gebühren absehen, soweit daran ein öffentliches Interesse besteht. Soweit noch

keine kostendeckenden Gebühren erhoben werden, bestehen auch hier Gestaltungsspielräume.

Zudem können die Kommunen auch eigene örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern (z. B. Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Zweitwohnungssteuer) erheben. In den Tourismusgemeinden ist auch die Höhe der Kurtaxe (§ 9 KAG-LSA) und der betrieblichen Tourismusabgabe (§ 9a KAG-LSA) bedeutsam.









# DER KOMMUNALE FINANZAUSGLEICH

Der kommunale Finanzausgleich wurde im Jahr 2010 auf eine neue Grundlage gestellt. Anstelle der Errechnung mittels eines prozentualen Anteils an den Landeseinnahmen (sog. Verbundquote) erfolgten die Zuweisungen des Landes bis einschließlich 2016 bedarfsorientiert anhand der Einnahmen und Ausgaben der Kommunen.

Dabei wurde für jede der kommunalen Gruppen (kreisfreie Städte, Landkreise und kreisangehörige Gemeinden) der finanzielle Gesamtbedarf ermittelt. Bei der Errechnung des Finanzbedarfs wurden aktuelle Statistiken verwendet. Soweit auf Daten für vergangene Jahre zurückgegriffen wurde, sind diese anhand der jeweils aktuellsten Steuerschätzungen und Prognosen zur Inflationsrate und zur Einwohnerzahl auf das jeweilige Jahr fortgeschrieben worden. Außerdem wurden finanzielle Auswirkungen von Bundesgesetzen berücksichtigt. In die Ermittlung des Finanzbedarfs floss des Weiteren ein Zuschlag für die ordentliche Tilgung der Kredite der Kommunen ein. Zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur erhielten die Kommunen in Sachsen-Anhalt zudem eine Investitionspauschale als investive Zuweisung. Zu guter Letzt wurden vom Land jährlich Haushaltsmittel in einem Budget – dem sog. Ausgleichsstock – bereitgestellt. Hieraus konnte das Land zur Milderung oder zum Ausgleich außergewöhnlicher Belastungen und Notlagen im Haushalt der Kommunen Bedarfszuweisungen oder Liquiditätshilfen zahlen (§ 17 FAG).

Das reformierte System hatte für die Kommunen den Vorteil, dass konjunkturelle Einbrüche höhere Zuweisungen des Landes auslösten. Dies konnte allerdings erst mit zeitlicher Verzögerung erfolgen, da gesicherte statistische Daten über die Einnahmen der Kommunen immer erst im Nachhinein zur Verfügung stehen. Dieser Nachlauf um zwei Jahre stand der beabsichtigten antizyklischen Wirkung entgegen.

Zudem waren mit dem System Schwierigkeiten der Kommunen bei der Prognose der eigenen Einnahmen aus dem Finanzausgleich verbunden. Ausgehend von den eigenen voraussichtlichen Steuereinnahmen konnte zwar abgeschätzt werden, welche Ausgleichswirkungen dies bei Zugrundelegung einer konstanten Finanzausgleichsmasse haben würde. Diese Unterstellung traf beim Finanzausgleich bis 2016 jedoch nicht zu.

Seitens der kommunalen Gemeinschaft bestand daher der Wunsch, für einen längeren Zeitraum eine konstante Finanzausgleichsmasse festzusetzen, um den Kommunen eine höhere Planungssicherheit zu ermöglichen.

# KOALITIONSVERTRAG 2016 – 2021

Der Koalitionsvertrag 2016 bis 2021, den CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgeschlossen haben, sieht vor, die Finanzausstattung der Kommunen deutlich zu verbessern und das Finanzausgleichsgesetz in zwei Schritten einfach, verständlich, anreizfreundlich und auskömmlich weiterzuentwickeln.

## Die Umsetzungsvorhaben des Koalitionsvertrages im Einzelnen:

- Die Finanzausgleichsmasse des Jahres 2016 wird um eine weitere besondere Zuweisung zur Stärkung der kommunalen Finanzkraft in Höhe von 80 Mio. Euro auf 1.526 Mio. Euro erhöht.
- Für die Jahre 2017 bis 2021 wird die Finanzausgleichsmasse auf 1.628 Mio. Euro festgeschrieben. Dabei wird die Finanzausgleichsmasse in den Jahren 2017 bis 2021 wie folgt aufgeteilt:
  - ❖ Ausgleichsstock 40 Mio. Euro
  - ❖ Investitionspauschale 150 Mio. Euro
  - ❖ Auftragskostenpauschale (übertragener Wirkungskreis) in Höhe von 23 Prozent der Finanzausgleichsmasse sowie
  - ❖ Schlüsselzuweisungen und besondere Ergänzungszuweisungen (eigener Wirkungskreis) in Höhe des Restbetrages.
- Für die Binnenverteilung der Schlüsselzuweisungen werden ab dem Jahr 2017 u. a. folgende Änderungen vereinbart:
  - ❖ Bei der Bemessungsgrundlage Steuerkraft werden die Steuerkraftzahlen der Realsteuern vom Durchschnitt der gewogenen Hebesätze auf fiktive (feste) Hebesätze umgestellt, um hierüber weitere Anreize für die einzelnen Kommunen zu geben, ihre Haushaltssituation eigenständig zu gestalten.
  - ❖ Die von allen gezahlte allgemeine Finanzausgleichsumlage soll gezielt den steuerschwächeren kreisangehörigen Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.
  - ❖ Die Umlagegrundlagen für die Kreisumlage werden von den Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden des aktuellen Jahres auf die des vergangenen Jahres umgestellt.





# UMSETZUNG DES KOALITIONSVERTRAGES

## Die Festlegungen des Koalitionsvertrages wurden vollumfänglich umgesetzt.

In einem ersten Schritt ist mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 14. September 2016 (GVBl. LSA S. 232) die Finanzausgleichsmasse für das Jahr 2016 um 80 Mio. Euro auf 1.526 Mio. Euro erhöht worden. In einem zweiten Schritt ist mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 17. Februar 2017 (GVBl. LSA S. 24) die Finanzausgleichsmas-

se für die Jahre 2017 bis 2021 um weitere 102 Mio. Euro auf 1.628 Mio. Euro erhöht worden. Dabei bietet die erstmalige Festschreibung der Finanzausgleichsmasse für fünf Jahre den Kommunen die gewünschte hohe Planungssicherheit.

Die Veränderungen in den Finanzausgleichsmassen werden in Abbildung 15 aufgezeigt.

## ENTWICKLUNG DER FINANZAUSGLEICHSMASSE 2010 – 2021 FÜR DIE KOMMUNEN IN SACHSEN-ANHALT

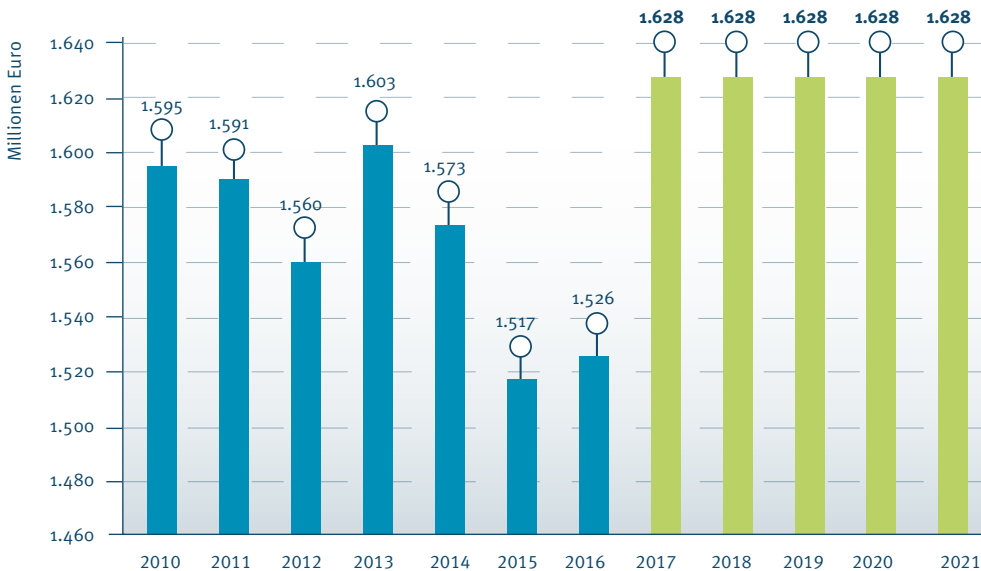


Abbildung 15: Finanzausgleichsmasse der Kommunen in Sachsen-Anhalt 2010 bis 2021  
Quelle: FAG 2010 bis 2017, eigene Berechnungen









# DAS FINANZAUSGLEICHSGESETZ

2017 – 2021

## ALLGEMEINE ZIELE DES KOMMUNALEN FINANZAUSGLEICHS

**Mit dem kommunalen Finanzausgleich verfolgt das Land folgende Ziele:**

- ❖ Das Land Sachsen-Anhalt ergänzt die eigenen Einnahmen der kommunalen Gebietskörperschaften soweit, dass sie ihre Aufgaben angemessen erfüllen können (vertikaler Finanzausgleich). Wegen der im Bundesvergleich geringeren eigenen Einnahmekraft der Kommunen in Sachsen-Anhalt besitzt dieses Ziel einen zentralen Stellenwert.
- ❖ Die Finanzausgleichsmasse wird so zwischen den einzelnen Gemeinden und Landkreisen verteilt, dass jede Gebietskörperschaft unter Beachtung aller kommunalen Einnahmen weitgehend gleichmäßig in die Lage versetzt wird, ihre Aufgaben zu erfüllen. Dazu muss der Finanzausgleich die eigene Einnahmekraft jeder Kommune objektiv feststellen und Bedarfsunterschiede zwischen den Kommunen anhand von einheitlichen, objektiven Maßstäben möglichst genau widerspiegeln. Auf der Grundlage des so ermittelten Bedarfs werden durch differenzierte Zuweisungen die zwischen den Kommunen bestehenden Finanzkraftunterschiede vermindert (horizontaler Finanzausgleich). Der kommunale Finanzausgleich legt damit in allen Kommunen die Grundlage für finanzielle Stabilität und Kontinuität in der Aufgabenerfüllung. Dabei gilt das Verbot der Nivellierung und Übernivellierung, d. h. die Unterschiede in der Finanzausstattung werden vermindert, aber nicht eingeebnet.
- ❖ Der kommunale Finanzausgleich setzt Anreize zu wirtschafts- und landesentwicklungspolitisch sinnvollem Handeln der Kommunen.
- ❖ Der kommunale Finanzausgleich unterstützt die raumordnerische Landesentwicklung in Sachsen-Anhalt, indem er die Unterschiede im Finanzbedarf aufgrund der zentralörtlichen Funktionen von einzelnen Städten und Gemeinden bei der Verteilung der kommunalen Finanzausgleichsmasse berücksichtigt.
- ❖ Der kommunale Finanzausgleich ist so ausgestaltet, dass der Wesensgehalt der verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise (Art. 28 Abs. 2 GG) gestärkt wird. D. h. er sichert nicht nur der Höhe nach die kommunale Aufgabenerfüllung. Gleichermäßen fördert er die örtliche Eigenverantwortlichkeit durch einen möglichst hohen Anteil allgemeiner, zur eigenverantwortlichen Verwendung stehender Mittel sowie durch die Beschränkung von Zweckzuweisungen auf das aus Sicht der Landesentwicklung gebotene Maß.

# BEMESSUNG DER FINANZAUSGLEICHSMASSE

## (VERTIKALER FINANZAUSGLEICH)

Das am 1. Januar 2017 in Kraft getretene Finanzausgleichsgesetz garantiert den Kommunen in Sachsen-Anhalt für die Jahre 2017 bis 2021 eine Finanzausgleichsmasse von

→ **1.628 Mio. Euro.**

**Damit wurden die Vorgaben des Koalitionsvertrages umgesetzt.**

Diese Festschreibung der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2017 bis 2021 bietet den Kommunen eine deutlich höhere Planungssicherheit, da die Finanzausgleichsmasse nicht mehr wie bisher jährlich schwankt.

Zudem werden den Kommunen die Grundlagen gegeben, ihre voraussichtlichen eigenen Einnahmen aus dem Finanzausgleich besser schätzen zu können.

Bei der Festlegung der Höhe der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2017 bis 2021 wurde grundsätzlich von der bisherigen Methodik der Bedarfsermittlung ausgegangen, da an dem Grundprinzip einer aufgabenorientierten Finanzausstattung festgehalten wird.

# VERTEILUNG DER FINANZAUSGLEICHSMASSE

## (HORIZONTALER FINANZAUSGLEICH)

Grundlage für den horizontalen Finanzausgleich ist die Unterscheidung zwischen eigenem und übertragenem Wirkungskreis (vgl. Kapitel *Kommunen und kommunale Selbstverwaltung in Sachsen-Anhalt*, S. 4 f.). Die Finanzausstattung erfolgt jeweils nach ganz unterschiedlichen Regeln.

Im übertragenen Wirkungskreis führen die Kommunen die Aufgaben durch, die ihnen durch Gesetz als staatliche Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung übertragen sind. Deshalb gilt hier: Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch! Das Land erstattet die Kosten vollständig. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Kommune aufgrund hoher eigener Einnahmen in der Lage wäre, die Ausgaben aus eigener Tasche zu bezahlen.

Anders sieht es beim eigenen Wirkungskreis der Kommunen aus. Hier haben die Kommunen zunächst ihre eigenen Einnahmemöglichkeiten zu nutzen. Das Land gleicht mit den Schlüsselzuweisungen und den besonderen Ergänzungszuweisungen lediglich die noch verbliebene Differenz aus.

Die Aufteilung der Finanzausgleichsmasse in Teilmassen – getrennt nach Zuweisungen für den übertragenen Wirkungskreis und den eigenen Wirkungskreis – zeigt die Abbildung 16.



## ZUSAMMENFASSENDE ÜBERSICHT ÜBER DIE REGELUNGEN DES FINANZAUSGLEICHSGESETZES

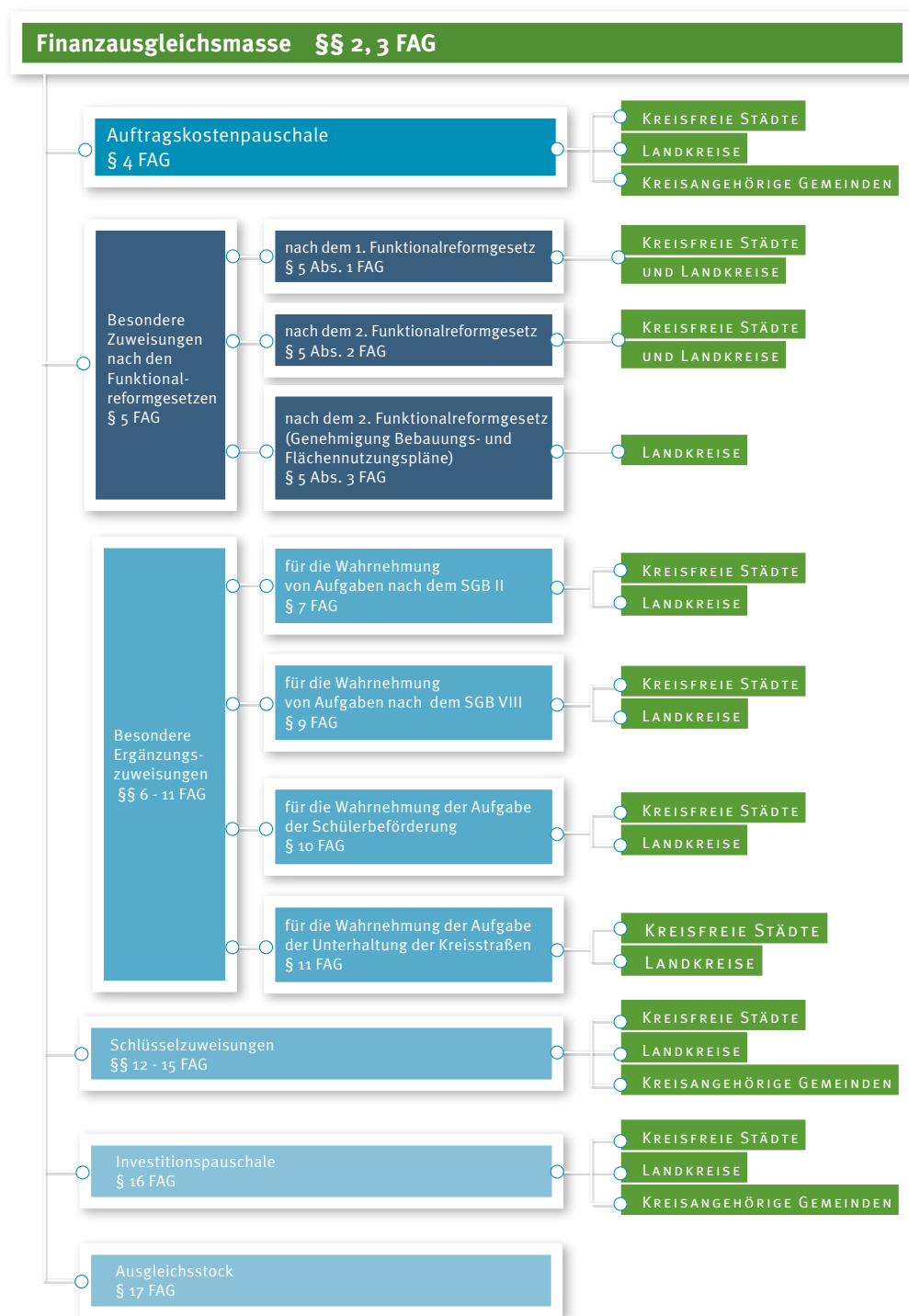
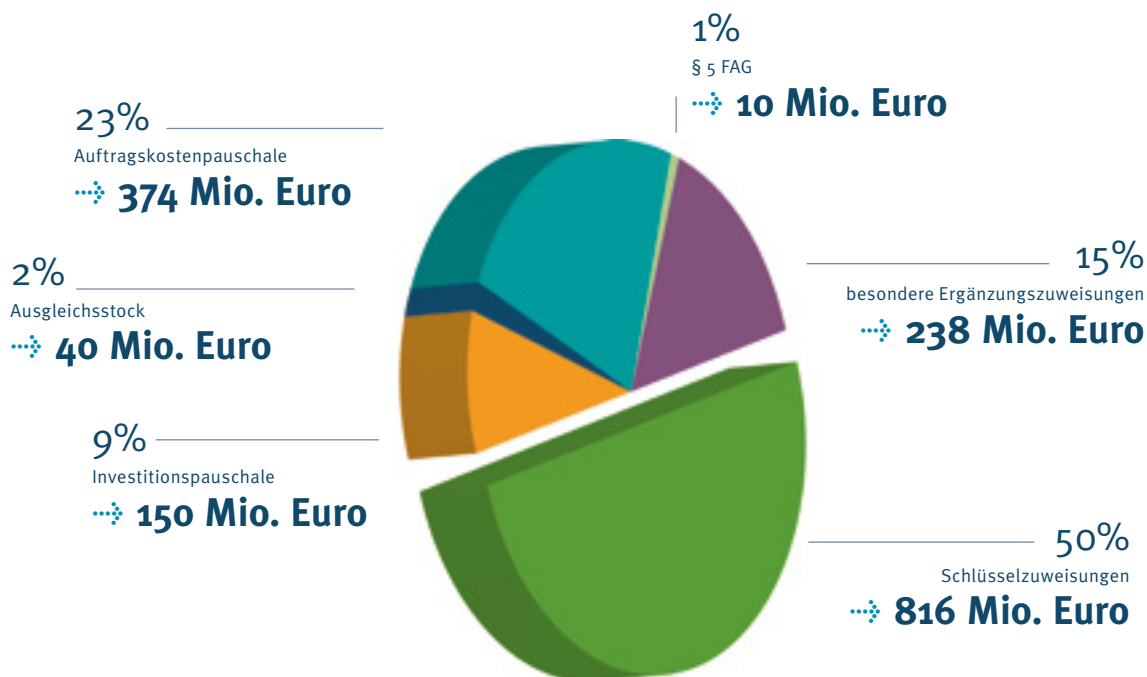


Abbildung 16: Übersicht über die Regelungen des Finanzausgleichsgesetzes 2017 bis 2021  
Quelle: Ministerium der Finanzen

## TEILMASSEN DES FINANZAUSGLEICHSGESETZES 2017 – 2021 FÜR DIE KOMMUNEN IN SACHSEN-ANHALT

Für die Jahre 2017 bis 2021 verteilt sich die Finanzausgleichsmasse von 1.628 Mio. Euro auf die einzelnen Teilmassen wie folgt:



### EIGENER WIRKUNGSKREIS

- besondere Ergänzungszuweisungen
- Schlüsselzuweisungen

### ÜBERTRAGENER WIRKUNGSKREIS

- Auftragskostenpauschale
- § 5 FAG

- Investitionspauschale
- Ausgleichsstock

Abbildung 17: Höhe der einzelnen Teilmassen nach dem Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021  
Quelle: Ministerium der Finanzen



Wie sich diese Teilmassen des übertragenen und eigenen Wirkungskreises auf die einzelnen kommunalen Gruppen verteilen, ist in Abbildung 18 dargestellt.

TEILMASSEN DES FINANZAUSGLEICHSGESETZES 2017 – 2021		KREISFREIE STÄDTE	LANDKREISE	KREISANGEHÖRIGE GEMEINDEN
übertragener Wirkungskreis (üWk)	übertragener Wirkungskreis	109,0 Mio. Euro	161,5 Mio. Euro	113,9 Mio. Euro
	davon			
	Auftragskostenpauschale	106,9 Mio. Euro	153,7 Mio. Euro	113,9 Mio. Euro
	§ 5 FAG	2,2 Mio. Euro	7,9 Mio. Euro	
eigener Wirkungskreis (eWk)	eigener Wirkungskreis	315,3 Mio. Euro	371,0 Mio. Euro	367,2 Mio. Euro
	davon			
	Schlüsselzuweisungen	253,0 Mio. Euro	195,9 Mio. Euro	367,2 Mio. Euro
	besondere Ergänzungszuweisungen	62,4 Mio. Euro	175,2 Mio. Euro	-
	§ 7 FAG – SGB II	32,0 Mio. Euro	68,0 Mio. Euro	-
	§ 9 FAG – SGB VIII	27,2 Mio. Euro	52,8 Mio. Euro	-
	§ 10 FAG – Schülerbeförderung	2,5 Mio. Euro	22,5 Mio. Euro	-
	§ 11 FAG – Kreisstraßen	0,7 Mio. Euro	31,9 Mio. Euro	-

Abbildung 18: Verteilung der Teilmassen des übertragenen und eigenen Wirkungskreises auf die einzelnen kommunalen Gruppen nach dem Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021 (Beträge gerundet)  
Quelle: Ministerium der Finanzen



Salzwedel

# BEMESSUNGSGRUNDLAGEN ZUR VERTEILUNG DER FINANZAUSGLEICHSMASSE (HORIZONTALER FINANZAUSGLEICH)

Die verschiedenen Teilmassen werden im Rahmen eines komplexen Berechnungsmodells innerhalb der jeweiligen kommunalen Gruppe auf die einzelnen Kommunen verteilt.

Für die einzelnen Teilmassen im übertragenen und eigenen Wirkungskreis sind die in Abbildung 19 aufgeführten verschiedenen Kriterien/Bemessungsgrundlagen maßgeblich.

	TEILMASSEN	KRITERIEN/BEMESSUNGSGRUNDLAGEN
ÜBERTRAGENER WIRKUNGSKREIS	Auftragskostenpauschale	Einwohner zum 31.12. des vorvergangenen Jahres
	Erstes und Zweites Funktionalreformgesetz (nur kreisfreie Städte und Landkreise)	90 % nach Einwohnern zum 31.12. des vorvergangenen Jahres 10 % nach Fläche zum 31.12. des vorvergangenen Jahres
EIGENER WIRKUNGSKREIS	besondere Ergänzungszuweisungen (nur kreisfreie Städte und Landkreise)	§ 7 Nettoaussgaben SGB II des vorvergangenen Jahres § 9 nach Einwohnern unter 27 Jahren zum 31.12. des vorvergangenen Jahres § 10 50 % nach Schülern des vorvergangenen Schuljahres 50 % nach Fläche zum 31.12. des vorvergangenen Jahres § 11 Kreisstraßenlänge zum 31.12. des vorvergangenen Jahres
	Schlüsselzuweisungen	<b>Steuerkraftmesszahl für die Gemeinden</b> berechnet auf der Grundlage der Grund- und Gewerbesteuern mittels fester Hebesätze und der Anteile an den Gemeinschaftssteuern <b>Umlagekraftmesszahl</b> für die Landkreise, <b>Einwohner</b> zum 31.12. des vorvergangenen Jahres <b>Gesamtansatz</b> Für kreisfreie Städte gebildet aus: - höchster Einwohnerzahl zum 31.12. der letzten fünf Jahre (Demografiefaktor), - U6-Faktor. Für Landkreise gebildet aus: - höchster Einwohnerzahl zum 31.12. der letzten fünf Jahre (Demografiefaktor). Für die kreisangehörigen Gemeinden gebildet aus: - höchster Einwohnerzahl zum 31.12. der letzten fünf Jahre (Demografiefaktor), - Hauptansatzstaffel, - Zentralitätszuschlag, - U6-Faktor.

Abbildung 19: Kriterien zur Verteilung der Teilmassen nach dem Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021  
Quelle: Ministerium der Finanzen

	KREISANGEHÖRIGE GEMEINDEN	KREISFREIE STÄDTE
<b>Fixe Hebesätze</b>	<b>fix</b>	<b>fix</b>
<b>Grundsteuer A</b>	<b>320 v. H.</b>	<b>250 v. H.</b>
<b>Grundsteuer A</b>	<b>380 v. H.</b>	<b>490 v. H.</b>
<b>Gewerbsteuer</b>	<b>350 v. H.</b>	<b>450 v. H.</b>

Abbildung 20: Übersicht über die fixen Hebesätze zur Bestimmung der gemeindlichen Steuerkraft im Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021  
Quelle: Ministerium der Finanzen

Während die Verteilung der Teilmassen des übertragenen Wirkungskreises sowie der besonderen Ergänzungszuweisungen für den eigenen Wirkungskreis der Kommunen auf relativ einfachen Kriterien beruht, ist die Verteilung der Schlüsselzuweisungen der wesentliche Dreh- und Angelpunkt zur Erreichung verschiedener Ziele des Finanzausgleichs (siehe auch *Allgemeine Ziele des kommunalen Finanzausgleichs*, S. 35).

#### Die Kriterien zur Verteilung der Schlüsselzuweisungen sind in den §§ 12 bis 15 FAG geregelt:

Die Verteilung der Schlüsselzuweisungen beruht zum einen auf der Einwohnerzahl der jeweiligen Kommune. Besondere Bedarfe werden hierbei berücksichtigt, indem die Einwohner mit Zuschlägen „veredelt“ werden.

Der zweite wesentliche Faktor ist die Fähigkeit der Kommune eigene Einnahmen zu erzielen. Diese Fähigkeit wird bei den kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden durch die **Steuerkraftmesszahl** ausgedrückt.

Zur Bestimmung der Steuerkraftmesszahl werden für jede Gemeinde die jeweiligen Anteile an den Gemeinschaftsteuern mit den Steuerkraftzahlen der Grund- und Gewerbesteuern addiert.

Die Berechnung der Steuerkraftzahlen von Grund- und Gewerbesteuren für die jeweilige Gemeinde erfolgt mit den in Abbildung 20 dargestellten fixen Hebesätzen für Grund- und Gewerbsteuer.

Mit den festen Hebesätzen für die Realsteuern (Grund- und Gewerbsteuer) werden die unterschiedlichen Realsteuerhebesätze der einzelnen Gemeinden nivelliert, d. h. es wird berechnet, was diese Gemeinden bei einheitlich fixen Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätzen eingenommen haben könnten.

#### Damit wurden die Vorgaben des Koalitionsvertrages umgesetzt.

Die **Umlagekraftmesszahl** der Landkreise ist das Pendant zur Steuerkraftmesszahl der Gemeinden. Sie drückt die eigene Einnahmestärke eines Landkreises bei einer durchschnittlichen Inanspruchnahme der kreisangehörigen Gemeinden durch die Kreisumlage aus.

Zur Berechnung der Umlagekraftmesszahl werden die Umlagegrundlagen der kreisangehörigen Gemeinden des jeweiligen Landkreises mit dem nach § 15 FAG festgelegten Umlagesatz von 40 Prozent multipliziert, d. h. es wird berechnet, was die Landkreise bei einem einheitlichen Umlagesatz eingenommen haben könnten.

Die **Einwohnerzahlen** der jeweiligen Kommune werden im Finanzausgleich „veredelt“, so dass bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungen besondere Finanzbedarfe berücksichtigt werden können.

## ERMITTLUNG DES GESAMTANSATZES ZUR BERECHNUNG DES FINANZBEDARFS DER KOMMUNEN

Dabei kommen – abhängig von der kommunalen Gruppe – folgende Zuschläge in Betracht:

### 1. Demografiefaktor:

Zugrundelegung der höchsten Einwohnerzahl der jeweils letzten fünf statistisch verfügbaren Jahre.

### 2. Hauptansatzstaffel:

Veredelung der gesamten Einwohnerzahl nach der jeweiligen Gemeindegröße. Die Gemeinden werden in Größenklassen eingeteilt (sog. Hauptansatzstaffel), dabei gilt: je größer eine Gemeinde, desto höher ist der jeweilige Zuschlag.

### 3. Zentralitätszuschlag:

Mittelzentren erhalten einen festen prozentualen Zuschlag.

### 4. U6-Faktor:

Vervielfältigung der Einwohner unter sechs Jahren mit dem sog. U6-Faktor, da (statistisch nachgewiesen) Einwohner unter sechs Jahren für die Kommune wesentlich höhere Kosten auslösen als andere Altersgruppen.

Bei den drei kreisfreien Städten werden der Demografiefaktor und der U6-Faktor angewendet. Beide Werte werden für jede kreisfreie Stadt bestimmt und aufsummiert. Die Summe je kreisfreier Stadt bildet dann deren Gesamtansatz.

Bei den elf Landkreisen wird nur der Demografiefaktor zugrunde gelegt. Dieser Wert je Landkreis bildet dann dessen Gesamtansatz.



Abbildung 21: Schematische Darstellung zur Ermittlung des Gesamtansatzes für kreisangehörige Gemeinden  
Quelle: Ministerium der Finanzen

Bei den 215 kreisangehörigen Gemeinden erfolgt die Veredelung der Einwohner mit allen genannten Faktoren. Das sind der Demografiefaktor, die Hauptansatzstaffel, der Zentralitätszuschlag (bei Mittelzentren) und der U6-Faktor. Durch diese Zuschläge wird der einwohnerabhängige Finanzbedarf jeder einzelnen kreisangehörigen Gemeinde berücksichtigt. Die Summe der Einwohnerzahl und der berechneten Zuschläge ergibt den Gesamtansatz, auf dessen Grundlage im Folgenden der Finanzbedarf jeder Kommune berechnet wird.

In Abbildung 21 wird die Bestimmung des Gesamtansatzes für die kreisangehörigen Gemeinden schematisch veranschaulicht.

Im nächsten Schritt wird die Bedarfsmesszahl für jede einzelne Kommune ermittelt, indem der Gesamtansatz mit einem jeweils für die kreisangehörigen Gemeinden, für die Landkreise und für die kreisfreien Städte einheitlichen Grundbetrag vervielfacht wird (siehe Abbildung 22).



Abbildung 22: Berechnung der Bedarfsmesszahl im Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021  
Quelle: Ministerium der Finanzen

Die positive Differenz zwischen Bedarfsmesszahl und Steuerkraftmesszahl erhalten die kreisfreien Städte nach § 12 Abs. 2 FAG zu 70 Prozent (Ausgleichsquote) ausgeglichen. Bei den Landkreisen beträgt die Ausgleichsquote zwischen Bedarfsmesszahl und Umlagekraftmesszahl nach § 12 Abs. 3 FAG 90 Prozent.

Bei den kreisangehörigen Gemeinden gibt es bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungsmasse noch eine Besonderheit: Hier zahlen Gemeinden, deren Steuerkraftmesszahl höher ist als die Bedarfsmesszahl (steuerstarke bzw. abundante Gemeinden), eine Finanzkraftumlage von 10 Prozent ihrer Steuerkraft. Diese Mittel werden der Schlüsselzuweisungsmasse zugeführt und an alle anderen kreisangehörigen Gemeinden verteilt.

Um dies zu ermöglichen, erfolgt die Verteilung der Schlüsselzuweisungsmasse bei den kreisangehörigen Gemeinden zweistufig (siehe auch Abbildung 23).

Im Ergebnis leisten die stärkeren (abundanten) kreisangehörigen Gemeinden eine Einzahlung, die den anderen kreisangehörigen Gemeinden zugutekommt.

Durch die ab 2017 geltenden höheren Ausgleichsquoten wird sichergestellt, dass insbesondere die Finanzkraftumlage noch gezielter den steuerschwächeren kreisangehörigen Gemeinden zur Verfügung gestellt werden kann.

**Damit wurden die Vorgaben des Koalitionsvertrages umgesetzt.**



Abbildung 23: Berechnung der Schlüsselzuweisungen für jede kreisangehörige Gemeinde nach dem neuen vereinfachten Berechnungsmodell im Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021  
Quelle: Ministerium der Finanzen

# REGELUNGEN IM FINANZAUSGLEICHSGESETZ ZUR KREIS- UND VERBANDSGEMEINDEUMLAGE

Mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz sind auch die Umlagegrundlagen für die Erhebung der Kreis- und Verbandsgemeindeumlage auf die Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden des vergangenen Jahres (anstelle der Schlüsselzuweisungen des aktuellen Jahres) umgestellt worden (§ 19 Abs. 2 FAG).

## **Damit wurden die Vorgaben des Koalitionsvertrages umgesetzt.**

Die kommunalen Spitzenverbände hatten diese Änderung gefordert, da sie sowohl für die Landkreise als auch für die kreisangehörigen Gemeinden mehr Planungssicherheit bietet.

Allerdings führte diese Änderung im Umstellungsjahr 2017 dazu, dass einmalig einige kreisangehörige Gemeinden bei der Zahlung der Umlagen schlechter gestellt wurden als bei der Fortführung des bisherigen Systems. Für diese Fälle hatte das Ministerium der Finanzen eine Härtefallregelung geschaffen. Eine besondere Härte konnte vorliegen, wenn die höheren Umlagebeiträge im Jahr 2017 mehr als 5 Euro pro Einwohner ausmachten. Diese Mehrbelastung wurde den Kommunen zu 90 Prozent ausgeglichen. Betroffen waren 39 kreisangehörige Gemeinden. Die Anträge dieser Kommunen wurden abschließend bearbeitet und die entsprechenden Leistungen für die einmaligen Mehrbelastungen ausgezahlt.

## WENN ALLE STRICKE REISSEN – HILFEN AUS DEM AUSGLEICHSTOCK

Das vorstehend beschriebene Verfahren zur Verteilung der Finanzausgleichsmasse folgt abstrakten Regeln, die den durchschnittlichen Bedarf der Kommunen berücksichtigen. Mit der kommunalen Selbstverwaltung wäre es nicht vereinbar, wenn das Land im Einzelfall darüber entscheiden würde, welche Kommune für welchen Zweck Geld bekommt. Dieses pauschalierende Verfahren kann jedoch zu

Problemen führen, wenn eine Kommune aufgrund außergewöhnlicher Umstände mehr Geld benötigt. Um in solchen Ausnahmefällen helfen zu können, stellt das Finanzausgleichsgesetz jährlich 40 Mio. Euro für den Ausgleichsstock zur Verfügung (§ 17 FAG). Diese Mittel werden den Kommunen bei temporären Liquidi-



tätsproblemen als Liquiditätshilfen (zinslose Darlehen) zur Verfügung gestellt. Handelt es sich dagegen um dauerhafte finanzielle Schwierigkeiten, können auch Bedarfszuweisungen (verlorene Zuschüsse) gewährt werden.

### ❖ DAS GESETZ BENENNT DREI GRÜNDE FÜR DIE GEWÄHRUNG VON MITTELN:

- Milderung oder Ausgleich von Notlagen im Haushalt (§ 17 Abs. 1 Satz 2, 2. Alt. FAG),
- Milderung oder Ausgleich von außergewöhnlichen Belastungen (§ 17 Abs. 1 Satz 2, 1. Alt. FAG),
- Vermeidung besonderer Härten bei der Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes (§ 17 Abs. 1 Satz 4 FAG).

Eine Notlage im Haushalt kann darin bestehen, dass eine Kommune trotz äußerster Sparsamkeit nicht in der Lage ist, ihren Haushalt auszugleichen. Wenn die Fehlbeträge auch in den beiden Folgejahren nicht abgedeckt werden können, kann ein Antrag auf teilweisen Ausgleich durch eine Bedarfszuweisung gestellt werden. Eine Bewilligung setzt aber voraus, dass die Kommune danach finanziell auf eigenen Füßen stehen kann.

Als Notlage im Haushalt gilt insbesondere der Fall, dass die Einnahmemöglichkeiten von Kommunen zur Erfüllung ihrer unabweisbaren Ausgabeverpflichtungen nicht ausreichen (§ 17 Abs. 1 Satz 2 FAG).

Der Begriff der „außergewöhnlichen Belastung“ ist ähnlich zu verstehen wie im Steuerrecht. Es muss sich um eine Belastung handeln, die nur bei einer oder einigen wenigen Kommunen vorliegt und der sich diese Kommunen nicht entziehen können. Zudem muss die finanzielle Belastung die Grenzen dessen überschreiten, was die Kommune aus eigener Kraft tragen kann.

Besondere Härten bei der Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes liegen vor allem in zwei Fällen vor:

1. Kommt es bei einer Kommune zu einem plötzlichen Gewerbesteuer-einbruch, gleicht das Finanzausgleichsgesetz dies durch höhere Schlüsselzuweisungen zum Teil aus. Dieser Effekt tritt jedoch erst mit zwei Jahren Verzögerung ein, so dass die Kommune zwischenzeitlich vor einem Liquiditätsproblem stehen kann. Dieser Zeitverzug ist eine Härte bei der Durchführung des Finanzausgleichs, die mit einer Liquiditätshilfe überbrückt werden kann.
2. Außerdem kann es bei Gesetzesänderungen zum Beispiel durch Heranziehung anderer Jahre als Bemessungsgrundlage im Übergangszeitraum zu besonderen Härten kommen. Diese werden dann mit Mitteln des Ausgleichsstocks abgemildert.

Die genauen Anforderungen werden in dem Erlass des Ministeriums der Finanzen über „Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock nach § 17 des Finanzausgleichsgesetzes“ vom 21. März 2018 (MBI. LSA S. 129) näher konkretisiert.



# VORTEILE DES NEUEN FINANZAUSGLEICHES

## 2017 – 2021

Aus der Abbildung 24 ist ersichtlich, wie sich die Finanzausstattung der Kommunen seit Beginn dieser Legislaturperiode im Jahr 2016 verbessert hat. Auch die Anhebung der einzelnen Teilmassen im Finanzausgleich ist in der Abbildung enthalten.

Mit dieser deutlichen Verbesserung ihrer Finanzausstattung über das Finanzausgleichsgesetz und steigenden Steuereinnahmen sind die Kommunen noch besser in der Lage, ihre Aufgaben angemessen zu erfüllen. Der Verfassungsauftrag, den Kommunen eine angemessene Finanzausstattung zur Verfügung zu stellen, wird so deutlich erfüllt, dass diese grundsätzlich selbst Vorsorge für etwaige Konjunkturerinbrüche in Folgejahren treffen können. Des Weiteren bietet die Festschreibung

der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2017 bis 2021 den Kommunen eine deutlich höhere Planungssicherheit, da die Finanzausgleichsmasse nicht mehr wie bisher jährlich schwankt. Zudem werden den Kommunen die Grundlagen gegeben, ihre voraussichtlichen eigenen Einnahmen aus dem Finanzausgleich besser schätzen zu können.

❖ **VON BESONDERER BEDEUTUNG IST HIERBEI**, dass durch die Festschreibung der Finanzausgleichsmasse die in den Jahren 2017 bis 2021 weiter steigenden kommunalen Steuereinnahmen (Steuerschätzung Oktober 2018) in diesem Zeitraum erstmals die Masse nicht schmälern.

TEILMASSEN DES FINANZAUSGLEICHSGESETZES		FAG 2016 (ALT)	FAG 2016 (NEU)	FAG 2017 – 2021
Übertragener Wirkungskreis (üWk)	Übertragener Wirkungskreis	338 Mio. EURO	338 Mio. EURO	384 Mio. EURO
	Differenz gegenüber FAG 2016 (alt)	-	-	46 Mio. EURO
	davon			
	Auftragskostenpauschale	328 Mio. EURO	328 Mio. EURO	374 Mio. EURO
	§ 5 FAG	10 Mio. EURO	10 Mio. EURO	10 Mio. EURO
Eigener Wirkungskreis (eWk)	Eigener Wirkungskreis	943 Mio. EURO	1.023 Mio. EURO	1.054 Mio. EURO
	Differenz gegenüber FAG 2016 (alt)	-	80 Mio. EURO	111 Mio. EURO
	davon			
	besondere Ergänzungszuweisungen	243 Mio. EURO	243 Mio. EURO	238 Mio. EURO
	Schlüsselzuweisungen	699 Mio. EURO	779 Mio. EURO	816 Mio. EURO
Investitionspauschale		125 Mio. EURO	125 Mio. EURO	150 Mio. EURO
Ausgleichsstock		40 Mio. EURO	40 Mio. EURO	40 Mio. EURO
Differenz gegenüber FAG 2016 (alt)		-	-	25 Mio. EURO
Summe FAG		1.446 Mio. EURO	1.526 Mio. EURO	1.628 Mio. EURO
Differenz Summe gegenüber FAG 2016 (alt)		-	80 Mio. EURO	182 Mio. EURO

Abbildung 24: Finanzausgleichsmasse der Kommunen in Sachsen-Anhalt 2016 und 2017 bis 2021  
Quelle: Ministerium der Finanzen

## KOMMUNALE STEUEREINNAHMEN IM JAHR 2017 (IST) SOWIE IN DEN JAHREN 2018 – 2021 (PLAN) IN SACHSEN-ANHALT

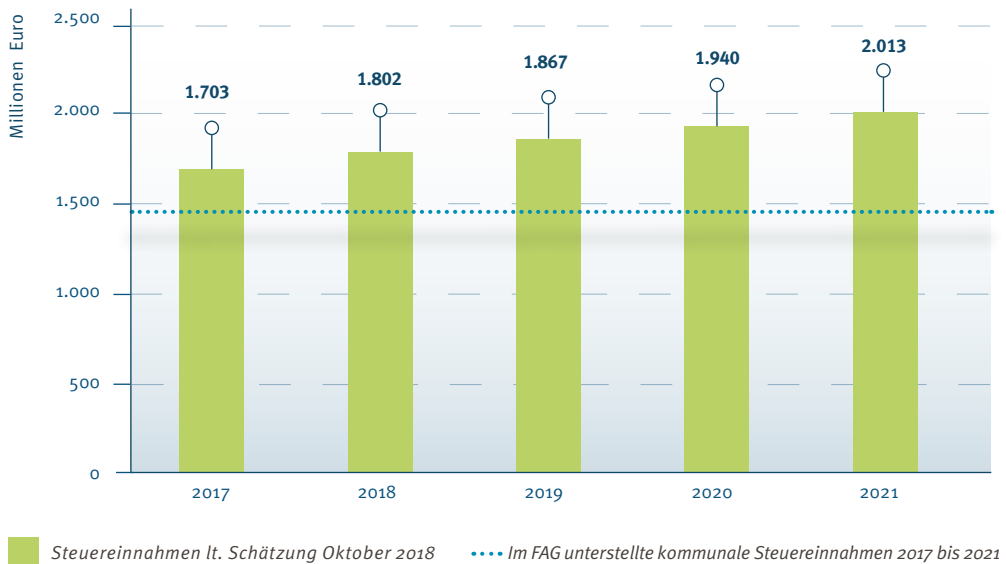


Abbildung 25: Schätzung der kommunalen Steuereinnahmen 2017 bis 2021  
Quelle: Steuerschätzung Oktober 2018

In Abbildung 25 sind die voraussichtlichen kommunalen Steuereinnahmen für die betreffenden Jahre enthalten.

Bei der Berechnung der Finanzausgleichsmasse 2017 bis 2021 wurden nur gemeindliche Steuereinnahmen von 1.464 Mio. Euro zugrunde gelegt. Die tatsächlichen Einnahmen sind aber deutlich höher und werden nach der aktuellen Steuerschätzung Oktober 2018 voraussichtlich weiter ansteigen. So hatten die Kommunen bereits im Jahr 2017 Steuereinnahmen von 1.703 Mio. Euro und damit um 239 Mio. Euro höhere Steuereinnahmen als bei der Berechnung der Finanzausgleichsmasse zugrunde gelegt. Nach der Steuerschätzung steigen die Steuereinnahmen bis zum Jahr 2021 auf 2.013 Mio. Euro an. Die Kommunen haben dann im Jahr 2021 um 549 Mio. Euro höhere Steuereinnahmen als bei der Berechnung

der Finanzausgleichsmasse zugrunde gelegt.

Dieses „Mehr“ an Einnahmen können die Kommunen nunmehr – anders als in den bis 2016 geltenden Finanzausgleichsgesetzen – in freier Gestaltung nutzen.

Damit bietet das neue Finanzausgleichsgesetz den Kommunen deutliche Anreize für solides Wirtschaften.

Auch die Verteilung der Teilmasse „Schlüsselzuweisungen“ wurde mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz den Wünschen und Bedürfnissen der Kommunen angepasst.

Zunächst wurde bei der Bestimmung der Bemessungsgrundlage „Steuer-

kraftmesszahl“ der bisher durchschnittliche gewogene Hebesatz je Grund- bzw. Gewerbesteuer auf einen festen Hebesatz je Grund- bzw. Gewerbesteuer umgestellt. D. h. die Berechnung erfolgt mit festen Hebesätzen für jede Steuer, getrennt nach kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden und nicht mehr mit dem jeweils gewogenen durchschnittlichen Hebesatz für Grund- und Gewerbesteuer.

Früher wurden jährlich ermittelte Durchschnittswerte zugrunde gelegt. Dieses System war anfällig für unvorhersehbare Schwankungen. Das neue System bietet mehr Planungssicherheit. Durch diese Festschreibung der Hebesätze gibt das Land den Kommunen weitere Anreize, ihre Haushaltssituation eigenständig zu gestalten.

Die von besonders steuerstarken (abundanten) kreisangehörigen Gemeinden geleistete Finanzkraftumlage kommt insbesondere durch die seit 2017 geltenden höheren

Ausgleichsquoten gezielt den steuererschwächeren kreisangehörigen Gemeinden zugute.

Damit wird insbesondere den steuererschwächeren kreisangehörigen Gemeinden die Chance eröffnet, ihre jeweiligen Haushalte angemessen auszugestalten.

Die Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen in dieser Legislaturperiode hat dazu geführt, dass die Kommunen in Sachsen-Anhalt ihre Schulden in ihren Kernhaushalten allein im Jahr 2017 um rund 186 Mio. Euro senken konnten. Damit ist ihnen – trotz Ausgabensteigerungen – ein Abbau von über sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr gelungen. Dies zeigt, dass das neue Finanzausgleichsgesetz wirkt und sich der kommunale Schuldenabbau bei weiter steigenden Steuereinnahmen weiter fortsetzen wird.

## WEITERENTWICKLUNG DES FINANZAUSGLEICHS

Auch wenn das Finanzausgleichsgesetz die Höhe der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2017 bis 2021 festschreibt, sieht § 2 Abs. 3 FAG eine Überprüfung der Angemessenheit der Finanzausgleichsmasse vor, um eine jederzeit verfassungskonforme Finanzausstattung der Kommunen garantieren zu können.

Im Jahr 2018 hat die Landesregierung einen Bericht zur Überprüfung der Angemessenheit der Finanzausgleichsmasse gemäß § 2 Abs. 3 FAG erstellt und dem Landtag hierüber berichtet (Landtagsdrucksache 7/3149 vom 6. Juli 2018). Mit dem Bericht wurde der Finanzbedarf der Kommunen für die Jahre 2018 bis 2021 auf der Grundlage des für das bis zum Jahr 2016 angewendeten Berechnungsschemas ermittelt. Dabei sind die aktu-

ell verfügbaren Statistiken einbezogen worden. Bei der Berücksichtigung der kommunalen Steuereinnahmen wurde auf die Steuerschätzung vom November 2017 abgestellt.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass durch die im Finanzausgleichsgesetz festgelegte Finanzausgleichsmasse in Höhe von jährlich 1.628 Mio. Euro in den Jahren 2018 bis 2021 die angemessene Finanzausgleichsmasse nicht unterschritten wird. Die Landesregierung sieht es daher nicht als erforderlich an, Änderungen am Finanzausgleichsgesetz – weder im Hinblick auf die Höhe der Finanzausgleichsmasse, noch im Hinblick auf die Verteilung der Teilmassen auf die kommunalen Gruppen – vorzunehmen.

Zum Ende der Legislaturperiode wird der kommunale Finanzbedarf mit dem Ziel überprüft, eine auskömmliche Finanzausgleichsmasse für die dann folgende Legislaturperiode ab dem Jahr 2022 zu bestimmen. Für die Weiterentwicklung des Finanzausgleichsgesetzes hat die Finanzstrukturkommission eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die aus Vertretern der Landesregierung, des Landesrechnungshofes und der kommunalen Spitzenverbände besteht. Sie hat Ende des Jahres 2018 ihre Arbeit aufgenommen.

Mit der Finanzstrukturkommission, in der auf Seiten der Kommunen deren Spitzenverbände, auf Seiten des Landes die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur, das Ministerium für Inneres und Sport und das Ministerium der Finanzen beteiligt sind, existiert ein Beratungsgremium für alle finanzrelevanten Fragen mit kommunalem Bezug. Ziel ist es, einen intensiven Informationsaustausch zu pflegen und die Interessenlage zwischen Land und Kommunen fair miteinander abzuwägen.

## LOHNT SICH SPAREN? SPAREN LOHNT SICH!

Immer wieder behaupten einzelne Kommunalpolitiker, dass das System des Finanzausgleichs zu wenige oder gar keine Anreize zum Sparen bzw. für Steuererhöhungen setze, weil potenzielle Einsparungen oder Steuermehreinnahmen beim Finanzaus-

gleich zu geringeren Schlüsselzuweisungen führen würden.

Diese pauschalen Annahmen entsprechen nicht den tatsächlichen Wirkungen im Finanzausgleich.







Im System des Finanzausgleiches für die Jahre 2017 – 2021 werden zwei zentrale Änderungen gegenüber dem früheren FAG umgesetzt:

1. Die Höhe der Zuweisungsmasse ist in den Jahren 2017 bis 2021 konstant.
2. Bei der Bestimmung der Steuerkraftmesszahlen kommen nunmehr fixe Hebesätze zur Anwendung.

Aufgrund dieser Änderungen ergibt sich, dass eigene Einsparungen oder Mehreinnahmen (in der folgenden Tabelle sind verschiedene Beispiele dargestellt) für die Kommunen keine negativen finanziellen Folgen bei den Zuweisungen über das FAG haben:

Fiktive Maßnahmen und deren mögliche Auswirkung im Finanzausgleich 2017	Wirkung der Einsparung bzw. der Erhöhung auf die "Kasse" der Gemeinde	FAG 2017 Schlüsselzuweisungen Ist	FAG 2017 Schlüsselzuweisungen nach der fiktiven Maßnahme	Differenz Schlüsselzuweisungen 4 minus 3
1	2	3	4	5
<b>Gemeinde A:</b> Einsparung in Höhe von 600.000 EURO	<b>+ 600.000 EURO</b>	2.561.241 EURO	2.561.241 EURO	<b>+ 0 EURO</b>
<b>Gemeinde B:</b> Erhöhung der Gebühreneinnahmen um 600.000 EURO	<b>+ 600.000 EURO</b>	1.547.369 EURO	1.547.369 EURO	<b>+ 0 EURO</b>
<b>Gemeinde C:</b> Erhöhung der Einnahmen um 900.000 EURO	<b>+ 900.000 EURO</b>	1.120.366 EURO	1.120.366 EURO	<b>+ 0 EURO</b>
<b>Gemeinde D:</b> Verdoppelung der örtlichen Steuern, Erhöhung der Einnahmen damit in Höhe von 581.182 EURO	<b>+ 581.182 EURO</b>	3.074.372 EURO	3.074.372 EURO	<b>+ 0 EURO</b>
<b>Gemeinde E:</b> Erhöhung ihres Gewerbesteuerhebesatzes im Jahr 2015 von 250 v. H. auf 400 v. H.	<b>+ 112.873 EURO</b>	550.633 EURO	550.633 EURO	<b>+ 0 EURO</b>

Abbildung 26: Auswirkungen von Einnahmeerhöhungen oder Einsparungen der einzelnen Gemeinde im FAG 2017 bis 2021  
Quelle: Ministerium der Finanzen

Ob Einsparungen, erhöhte Einnahmen oder höhere Realsteuern – all dies führt im aktuellen Finanzausgleich (seit 2017) für die entsprechende Gemeinde nicht mehr zu einem Absinken der Schlüsselzuweisung! Im Beispiel Gemeinde E in der Abbildung 26 wird der bisher unterdurchschnittliche Hebesatz auf einen überdurchschnittlichen Wert angehoben. Durch die fixen Hebesätze zur Bestimmung der Steuerkraft hat diese Anhebung keinerlei Auswirkung auf die Höhe der Schlüsselzuweisung.

Bei der Aufteilung der Finanzausgleichsmasse auf die einzelnen Kommunen (horizontale Verteilung) bleibt es auch im FAG ab 2017 unverändert bei dem bisherigen System der Berechnung auf der Basis des vorvergangenen Jahres.

Das bedeutet: Erhöhen sich die Realsteuereinnahmen einer Kommune, weil sich ihre steuerlichen Bemessungsgrundlagen verbes-

sert haben (z. B. durch eine Erhöhung des Gewerbesteueraufkommens durch mehr Gewerbesteuerzahler oder höhere Gewinne der ortsansässigen Unternehmen), sinkt die FAG-Zuweisung des Landes. Davon profitieren dann aber die anderen Gemeinden des Landes, da deren FAG-Zuweisungen entsprechend steigen. Erhöhen sich die Realsteuereinnahmen einer Kommune allerdings durch die Einführung höherer Hebesätze, so hat dies keine negative Wirkung auf die Finanzausweisungen über das FAG.

Die fixen Hebesätze machen es für die Kämmergeien leichter, die Höhe der Mehreinnahmen aufgrund von Realsteuererhöhungen langfristig abzuschätzen. Insoweit gibt es mit dem neuen FAG ab 2017 auch hier eine höhere Planungssicherheit.

*Osterburg*







# DA GEHT NOCH MEHR!

Neben den Leistungen aus dem Finanzausgleichsgesetz zahlt das Land Sachsen-Anhalt den Kommunen zusätzliche zweckgebundene konsumtive und investive Finanzausweisungen aus dem Landeshaushalt. Die Zweckbindung erfolgt dabei für sehr unterschiedliche Aufgabenbereiche der Kommunen. Zu diesen Aufgabenbereichen gehören u. a. sowohl Leistungen nach dem Zweiten und Zwölften Sozialgesetzbuch (Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialhilfe), für die Kinderbetreuung, für die Jugendarbeit, Leistungen

nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, Asyl- und Ausländerwesen (hier vor allem Leistungen nach dem Aufnahmegesetz Sachsen-Anhalt) als auch Verbesserung der Infrastruktur oder Tourismus.

Nach dem Haushaltsplan des Landes ergeben sich danach für das Jahr 2019 folgende Zahlungen des Landes außerhalb des FAG:

## zweckgebundene Zuweisungen des Landes an Kommunen

Haushaltsplan 2019

→ **1.606 Mio. Euro**

## investive Zuweisungen außerhalb des FAG

Haushaltsplan 2019

→ **564 Mio. Euro**

## konsumtive Zuweisungen außerhalb des FAG (sonstiger Nettotransfer)

Haushaltsplan 2019

→ **1.042 Mio. Euro**



Abbildung 27: Geplante konsumtive und investive Zuweisungen des Landes außerhalb des FAG für 2019  
Quelle: Ministerium der Finanzen, eigene Berechnungen



Damit setzt das Land seinen kommunal-freundlichen Kurs fort. Insgesamt gehen 28,2 Prozent des Haushaltsvolumens (11,479 Mrd. Euro) an den kommunalen Bereich – davon 1.628 Mio. Euro innerhalb des Finanzausgleichsgesetzes und rd. 1.606 Mio. Euro außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes.

Auch mit diesen Leistungen sichert das Land zu – über das FAG hinaus –, dass die Kommunen in Sachsen-Anhalt eine angemessene Finanzausstattung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erhalten.

Die investiven Zuweisungen setzen sich aus vielfältigen Förderprogrammen des Landes, des Bundes und der EU zusammen. In deren Rahmen werden für die Entwicklung des Landes öffentliche Gelder zur Verfügung gestellt. Neben den in Abbildung 27 aufgeführten Zuweisungen für Kommunen werden auch Unternehmen, Einzelpersonen, Vereine und Verbände gefördert.

In der Förderdatenbank des Bundes sind alle Förderprogramme des Bundes, der Bundesländer und der Europäischen Union enthalten. Diese wird ständig aktuell gehalten. Hier kann man sich zielgerichtet über die Fördermöglichkeiten informieren.

➔ [www.foerderdatenbank.de](http://www.foerderdatenbank.de)



# STARKE BEISPIELE

**Das Land hilft seinen Kommunen auch durch die STARK-Programme.**

Das sind das kommunale Teilentschuldungsprogramm **STARK II**,

das Förderprogramm zur energetischen Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen **STARK III** und das kommunale Investitionsförderungsprogramm **STARK V**.

# STARK II

## KOMMUNALE TEILENTSCHULDUNG

Seit dem Jahr 2010 unterstützt das Land die Kommunen beim Abbau von alten Kreditmarktschulden und hilft ihnen so, finanzielle Freiräume zu schaffen und wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen. Mit dem kommunalen Teilentschuldungsprogramm STARK II, das durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) umgesetzt wird, wurden den Kommunen zinsverbilligte Darlehen zur Ablösung bestehender Darlehen gewährt.

Weiterhin erhielten sie einen einmaligen Tilgungszuschuss in Höhe von 30 Prozent zum Zeitpunkt der Ablösung der valuierten Darlehenssumme. Mit dem Programm konnten Darlehen mit Fälligkeit bis zum 31. Dezember 2018 abgelöst werden.

Bestandteil des Darlehensvertrages ist eine Vereinbarung über eine Konsolidierungspartnerschaft. Denn nur eine nachhaltige Konsolidierung der kommunalen Haushalte gewährleistet die kommunale Selbstverwal-

tung und stärkt die Handlungsfähigkeit und Investitionskraft vor Ort.

Ausgangspunkt für das Programm waren die Kreditmarktschulden der Kernhaushalte der Kommunen, die Ende 2008 bei 2,9 Milliarden Euro beziehungsweise bei 1.206 Euro je Einwohner lagen.

**Der vom Land getragene 30-prozentige Tilgungsanteil in den Jahren 2010 bis 2017 betrug dabei insgesamt rund 343,4 Mio. Euro.**

Das entspricht ca. 12,3 Prozent des Gesamtbestandes an Kreditmarktschulden zum 31. Dezember 2009. Die Kommunen haben in diesem Zeitraum nicht nur die Kredite umgeschuldet, sondern auch eigene Tilgungsraten in Höhe von rund 364 Mio. Euro geleistet.

### DER ERFOLG DES STARK II-PROGRAMMS IN ZAHLEN

ENTWICKLUNG DER KREDITMARKTSCHULDEN SEIT BEGINN STARK II	KREDITMARKTSCHULDEN 31.12.2009		TILGUNGSZUSCHÜSSE 2010 bis 2017
	Mio. Euro	Euro je Einwohner	Mio. Euro
<b>kreisfreie Städte</b>	523,9	953	78,4
<b>Landkreise</b>	774,3	426	99,2
<b>kreisangehörige Gemeinden</b>	1.484,9	816	165,8
<b>Summe in Mio. Euro</b>	<b>2.783,2</b>	<b>1.176</b>	<b>343,4</b>





KREDITMARKTSCHULDEN 31.12.2017		VERÄNDERUNG DER KREDITE im nicht-öffentlichen Bereich		KREDITMARKTSCHULDEN FLÄCHENLÄNDER WEST 31.12.2017	
Mio. Euro	Euro je Einwohner	Mio. Euro	%	Mio. Euro	Euro je Einwohner
197,5	354	-326,4	-62,3	25.212,8	1.457
437,7	262	-336,7	-43,5	11.693,4	251
839,1	502	-645,9	-43,5	37.629,0	807
<b>1.474,2</b>	<b>661</b>	<b>-1.308,9</b>	<b>-47,0</b>	<b>74.535,2</b>	<b>1.166</b>

Abbildung 28: Entwicklung der kommunalen Kreditmarktschulden 2009 bis 2017 und Tilgungszuschüsse aus STARK II  
Quelle: kommunale Schuldenstatistik 2009 bis 2017, Ministerium der Finanzen

# STARK III

## KOMMUNALE INFRASTRUKTUREN STÄRKEN

### ❖ DIE SANIERUNG VON SCHULEN UND KINDERTAGESSTÄTTEN STEHT IM MITTELPUNKT DES INVESTITIONS-PROGRAMMS STARK III.

Das Land Sachsen-Anhalt fördert mit STARK III bereits in der zweiten Förderperiode die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden und Infrastrukturen.

Finanziert wird das Programm aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) sowie aus Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt. Zusätzlich werden im Rahmen des Programms Darlehen durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) gewährt. Die Umsetzung des Förderprogramms erfolgt im Auftrag des Ministeriums der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt durch die IB.

In der vergangenen Förderperiode konnten so insgesamt 98 Schulen und Kindertagesstätten saniert oder neu gebaut werden. In Sachsen-Anhalt wurden hierfür über 152 Mio. Euro investiert. Rund 70 Mio. Euro Fördermittel stammen hierbei aus den Fonds EFRE und ELER.

Etwa 24 Mio. Euro wurden aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt und ca. 58 Mio. Euro wurden durch die Eigenanteile der Träger der geförderten Einrichtungen getragen.

**Für STARK III-ELER** stehen in der laufenden Förderperiode 86 Mio. Euro zur Verfügung. Die Mittel verteilen sich auf die energetische und allgemeine Sanierung von Schulen (62,7 Mio. Euro) und von Kindertageseinrichtungen (23,3 Mio. Euro).

**Über STARK III plus EFRE** können in diesem Förderzeitraum Kindertageseinrichtungen, Schulen, kulturelle Einrichtungen, außerschulische Sportstätten und Hochschulen energetisch und allgemein saniert werden. Für die energetische Sanierung dieser Einrichtungen stehen 151,6 Mio. Euro EU-Mittel bereit. Zusätzlich werden für die allgemeine Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen Landesmittel zur Verfügung gestellt.

Die bis zum Stichtag 20. November 2018 erfolgten Bewilligungen:

	BEWILLIGUNGEN	ZUSCHUSS BEWILLIGT
<b>STARK III-ELER</b>	<b>40</b> <b>(15 Kitas, 25 Schulen)</b>	<b>66.706.267 Euro</b>
<b>STARK III plus -EFRE</b>	<b>46</b>	<b>58.207.532 Euro</b>
<b>STARK III-ELER Landesmittel</b>	<b>8 Kitas</b>	<b>7.173.000 Euro</b>
<b>STARK III- Allgemeine Sanierung</b>	<b>40</b>	<b>14.433.958 Euro</b>

Abbildung 29: Bewilligte Maßnahmen bei STARK III zum 20. November 2018  
Quelle: Ministerium der Finanzen





## WELCHE WIRKUNG HAT STARK III ?

- ❖ Mit der energetischen Sanierung wird die Energieeffizienz der Gebäude verbessert und die CO<sub>2</sub>-Emission wird gesenkt.
- ❖ Die Lebensqualität der städtischen und ländlichen Bevölkerung, insbesondere für Familien mit Kindern, wird gesichert bzw. verbessert.
- ❖ Planungsbüros und mittelständische Bauunternehmen profitieren von Aufträgen, dies sichert Arbeitsplätze.
- ❖ Die Betriebskosten in den Einrichtungen werden gesenkt, was die kommunalen Kassen entlastet.
- ❖ Das Netz zur Förderung, Bildung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen und Schulen wird nachhaltig gesichert.
- ❖ In Kindertageseinrichtungen und Schulen werden angenehme Umfelder für die pädagogische Arbeit geschaffen.



*In Hermsdorf, einem Ortsteil der Gemeinde Hohe Börde, hat im März 2017 der Ersatzneubau der Bördegrundschule begonnen. Das Vorhaben gehört zu den STARK III-ELER-Projekten der neuen Förderperiode (2014 - 2020).*







# STARK V

## INVESTITIONEN FÜR FINANZSCHWACHE KOMMUNEN



Mit dem Förderprogramm STARK V werden die finanzschwachen Kommunen bei ihren Investitionen unterstützt. Mit dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (Kapitel 1) stellt der Bund Finanzhilfen für Investitionen finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände in Höhe von rd. 111 Mio. Euro zur Verfügung. Der Bund trägt 90 Prozent des förderfähigen Investitionsbetrages, der Eigenanteil der Kommunen von 10 Prozent (12 Mio. Euro) wird in Sachsen-Anhalt komplett vom Land übernommen. Die finanzschwachen Kommunen müssen also keinerlei Eigenmittel einsetzen.

In Sachsen-Anhalt erfolgt die Umsetzung dieses Bundesgesetzes durch die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft (STARK V-Richtlinie). Das Programm STARK V, das über die Investitionsbank Sachsen-Anhalt

umgesetzt wird, verfügt insgesamt über eine **Fördersumme von 123 Mio. Euro**.

Es ist bereits im Herbst 2015 angelaufen. Die antragsberechtigten Kommunen hatten bis 31. Dezember 2017 die Möglichkeit, Anträge zu stellen.

Die letzten Projekte der Kommunen müssen bis Ende 2020 abgeschlossen werden. Die Gelder verteilen sich auf vier Landkreise und 80 Einheits- und Verbandsgemeinden.

Gefördert werden können Investitionen mit dem Schwerpunkt Infrastruktur (z. B. Städtebau und die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude) und Investitionen mit dem Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur (z. B. Kindertageseinrichtungen und Schulen). Für welchen dieser Zwecke die Kommunen die Mittel verwenden, können sie selbst entscheiden. Allerdings muss es sich um Aufgaben handeln, zu deren Erfüllung die Kommune gesetzlich verpflichtet ist. Freiwillige Aktivitäten der Kommunen, z. B. im Bereich Kultur und Freizeit, werden nicht gefördert. Die Umsetzung des STARK V-Programms in Zahlen:

### DIE UMSETZUNG DES STARK V-PROGRAMMS IN ZAHLEN

PROJEKTE		INVESTITIONSVOLUMEN	
beantragt	davon bewilligt	beantragt	davon bewilligt
244	221	119,6 Mio. Euro	112,1 Mio. Euro

Abbildung 30: Stand Förderanträge STARK V zum 31. Dezember 2018  
Quelle: Ministerium der Finanzen



## BEISPIELE FÜR GEFÖRDERTE PROJEKTE

### 1. Projekt – Hansestadt Gardelegen – Umbau und Sanierung der Kita „Hellbergwichtel“ zum „Kinderzentrum OT Estedt“

Das im Jahre 1959 errichtete Gebäude der Kita Estedt entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen an eine Kita. Das Mauerwerk ist ungedämmt, die Heizungsanlage uneffektiv und die Raumaufteilung unpassend. Neben dem Kita-Gebäude befindet sich ein ungenutztes Schulgebäude. Der seinerzeit gemeinsam genutzte Hof ist nicht mehr zeitgemäß. Mit der STARK V-Förderung in Höhe von rund 2,4 Mio. Euro kann die Hansestadt Gardelegen die Gebäude sanieren und zu einem Kinderzentrum zusammenfassen. Nach Abschluss der Baumaßnahme können 95 Krippen- und Kindergartenkinder und 40 Hortkinder ihr neues Domizil, das mit den energetisch und brandschutztechnisch sanierten Gebäuden und den neu gestalteten Spiel-, Bewegungs- und Erfahrungsbereichen den heutigen Ansprüchen gerecht wird, in Beschlag nehmen.

### 2. Projekt – Stadt Harzgerode – Sanierungsmaßnahmen am Rathaus

Das denkmalgeschützte Rathaus trägt wesentlich zum Stadtbild Harzgerodes bei. Das im Jahre 1901 eingeweihte Rathaus bedarf schon seit Jahren einer Sanierung der Fassade, die wegen fehlender Gelder durch die Stadt nicht durchgeführt werden konnte. Auch die Erneuerung des Eingangsbereiches am Anbau des Rathauses konnte mangels finanzieller Mittel nicht erfolgen.

Die für die Sanierungsarbeiten notwendigen 375.000 Euro hat die Stadt nunmehr aus dem STARK V-Programm erhalten. Neben den Sanierungen der alten Fachwerkfassade und dem Anbau wird auch der Keller des Gebäudes trockengelegt, damit das große repräsentative Gebäude der Stadt noch lange erhalten bleibt.

### 3. Projekt – Stadt Zeitz – Erweiterung und Umbau des Feuerwehrhauses

Mit einer STARK V-Förderung von rund 1,3 Mio. Euro erfolgt die dringend notwendige Erweiterung der Zeitzer Feuerwehr. Hier werden zwei neue Fahrzeughallen für weitere Stellplätze an das bestehende Gebäude angebaut und die Lagerkapazitäten erweitert. Zudem erhält die Feuerwehr neue Sozialräume für die haupt- und ehrenamtlichen Kameradinnen und Kameraden und einen Schulungsraum für den Bereich der Jugendfeuerwehr.



## Abbildungsverzeichnis

<b>Abb. 1:</b> Anzahl der Kommunen in Sachsen-Anhalt	5	
<b>Abb. 2:</b> Aufgaben der Kommunen im eigenen und übertragenen Wirkungskreis	6	
<b>Abb. 3:</b> Aufgaben der Verbandsgemeinde	8	
<b>Abb. 4:</b> Entwicklung der Einnahmen (bereinigt) in den Kommunen 2013 bis 2017	13	
<b>Abb. 5:</b> Entwicklung der Ausgaben (bereinigt) in den Kommunen 2013 bis 2017	15	
<b>Abb. 6:</b> Entwicklung des Saldos der Finanzrechnung der kommunalen Kernhaushalte 2000 bis 2017, ab 2013 doppische Werte	16	
<b>Abb. 7:</b> Entwicklung der Salden der Finanzrechnung der kommunalen Kernhaushalte der einzelnen kommunalen Gruppen 2000 bis 2017, ab 2013 doppische Werte	18	
<b>Abb. 8:</b> Entwicklung des Saldos der Finanzrechnung ohne Finanzierungstätigkeit der kommunalen Kernhaushalte 2000 bis 2017, ab 2013 doppische Werte	20	
<b>Abb. 9:</b> Entwicklung der Salden der Finanzrechnung ohne Finanzierungstätigkeit der kommunalen Kernhaushalte der einzelnen kommunalen Gruppen 2000 bis 2017, ab 2013 doppische Werte	21	
<b>Abb. 10:</b> Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen 2007 bis 2017	23	
<b>Abb. 11:</b> Kommunale Steuereinnahmen in Euro je Einwohner 2000 und 2017 der kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden	24	
<b>Abb. 12:</b> Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen 2018 bis 2022	24	
<b>Abb. 13:</b> Grundsteuer A und B-Hebesätze im Bundesländervergleich im Jahr 2017	25	
<b>Abb. 14:</b> Gewerbesteuer-Hebesatz im Bundesländervergleich im Jahr 2017	26	
<b>Abb. 15:</b> Finanzausgleichsmasse der Kommunen in Sachsen-Anhalt 2010 bis 2021	32	
<b>Abb. 16:</b> Übersicht über die Regelungen des Finanzausgleichsgesetzes 2017 bis 2021	37	
<b>Abb. 17:</b> Höhe der einzelnen Teilmassen nach dem Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021	38	
<b>Abb. 18:</b> Verteilung der Teilmassen des übertragenen und eigenen Wirkungskreises auf die einzelnen kommunalen Gruppen nach dem Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021	39	
<b>Abb. 19:</b> Kriterien zur Verteilung der Teilmassen nach dem Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021	40	
<b>Abb. 20:</b> Übersicht der fixen Hebesätze zur Bestimmung der gemeindlichen Steuerkraft im Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021	41	
<b>Abb. 21:</b> Schematische Darstellung zur Ermittlung des Gesamtansatzes für kreisangehörige Gemeinden	42	
<b>Abb. 22:</b> Berechnung der Bedarfsmesszahl im Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021	43	
<b>Abb. 23:</b> Berechnung der Schlüsselzuweisungen für jede kreisangehörige Gemeinde nach dem neuen vereinfachten Berechnungsmodell im Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021	43	
<b>Abb. 24:</b> Finanzausgleichsmasse der Kommunen in Sachsen-Anhalt 2016 und 2017 bis 2021	46	
<b>Abb. 25:</b> Schätzung der kommunalen Steuereinnahmen 2017 bis 2021	47	
<b>Abb. 26:</b> Auswirkungen von Einnahmeerhöhungen oder Einsparungen der einzelnen Gemeinde im FAG 2017 bis 2021	50	
<b>Abb. 27:</b> Geplante konsumtive und investive Zuweisungen des Landes außerhalb des FAG für 2019	53	
<b>Abb. 28:</b> Entwicklung der kommunalen Kreditmarktschulden 2010 bis 2017 und Tilgungszuschüsse aus STARK II	56	
<b>Abb. 29:</b> Bewilligte Maßnahmen bei STARK III zum 20. November 2018	58	
<b>Abb. 30:</b> Stand Förderanträge STARK V zum 31. Dezember 2018	62	

**Ministerium der Finanzen  
des Landes Sachsen-Anhalt**

2. aktualisierte Auflage  
Stand 01. Januar 2019

Mit dem Gesetzespaket zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen haben Bundestag und Bundesrat Anfang Juni 2017 auch eine Änderung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes beschlossen. Zur Verbesserung der Schulinfrastruktur allgemeinbildender Schulen und berufsbildender Schulen unterstützt der Bund die Länder bei der Stärkung der Investitionstätigkeit finanzschwacher Kommunen.

Für die finanzschwachen Kommunen in Sachsen-Anhalt stellt der Bund rd. 116 Mio. Euro zur Verfügung. Damit trägt er 90 Prozent des förderfähigen Investitionsbetrages.

Die Umsetzung im Land ist durch die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen (Richtlinie Schulinfrastruktur) erfolgt (RdErl. des MB vom 4. Juni 2018 - MBl. LSA S. 222).

**Hinweis:**

*Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt veröffentlicht. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger/der Empfängerin zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitliche Begrenzung zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.*

# WER MEHR WISSEN WILL

Aktuelle Informationen finden Sie auf der Internetseite des Ministeriums der Finanzen unter

[www.mf.sachsen-anhalt.de](http://www.mf.sachsen-anhalt.de)



**Gestaltung:** Hoffmann Kommunikation GmbH  
**Druck:** Stelzig-Druck  
**Bildnachweise:** Ministerium der Finanzen, fotolia.com, Peter Gercke



**SACHSEN-ANHALT**  
Ministerium der Finanzen

Ministerium der Finanzen Sachsen-Anhalt | Editharing 40 | 39108 Magdeburg

